

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginchel u. Dr. Franz Ladke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

3. DEZ. 1932

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierseitig, 1.50 M. Einzelnummer 20 Pl. u. 5 Pl. Postgebühr. Anzeigenpreis: für jeden Millimeter Höhe der Spalte. Zeile 30 Pl. bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pl. bei Anz. im Anhank an den Text auf Textbreite 1.50 M.

Nr. 49.

Berlin, 2. Dezember 1932.

13. Jahrg.

Anhank. S. 281: Die „polnische Zeit“, 1. S. 282: Auslandsveräußerung und Währung. — S. 283: Die Außenpolitik. — S. 284: Polnischer Rückzug. — Der Korridor ist ein lästiges Problem. — Kurzinfo und die amerikanischen Polen. — S. 285: Die Vereinigung des Unterrichtsministeriums. — S. 286: Die polnische Wirtschaft. — Eine Weltwirtschaft in Polen. — S. 287: Die polnische Wirtschaft und die Politik. — S. 288: Die polnische Wirtschaft und die Wirtschaft der Nachbarländer. — S. 289: Die polnische Wirtschaft und die Wirtschaft der Nachbarländer. — S. 290: Die polnische Wirtschaft und die Wirtschaft der Nachbarländer. — S. 291: Die polnische Wirtschaft und die Wirtschaft der Nachbarländer.

Die „polnische Zeit“.

„Die Danziger Bevölkerung ist der großen Mehrzahl nach und seit langer Zeit deutsch; so hat es in der Feindverbündete vom 16. Juni 1919 geherrscht. „Die Germanisierung Danzigs ist überflüsslich, und sobald die Polen das Recht haben werden, sich in der Stadt niederzulassen, wird sie wieder polnisch werden, wie Krakau und andere Städte in Polen ...“. So hat es in der von polnischen Wissenschaftlern der Diktatorkonferenz im Jahre 1919 vorgestlegten Denkschrift geherrscht. Beides ist falsch: Danzig ist völlig und nicht nur der Mehrzahl seiner Bewohner nach deutsch; es ist nicht nur heute deutsch, sondern es ist seitdem es besteht, niemals anders gewesen als deutsch; es ist auch nicht nur oberflächlich, sondern durchaus, in seiner tieferen Welsensart deutsch. Weil sie es niemandem glaubhaft machen können, dass das heutige Danzig nicht deutsch ist, deshalb versuchen die Polen die Taktik, das Alter und die Eise des Danziger Deutschums in Frage zu stellen, wobei sie den größten Wert darauf legen, die 340 Jahre, die Danzig angeblich zum polnischen Staat gehört haben soll, als eine politisch, wirtschaftlich und kulturell völlig politische Entwicklungsperiode des Stadts erheben zu lassen, deren „tiefe Wirkungen“ — wie sie dann weiter zu Jagen pflegen — durch die Germanisierung im preußischen „Zeit“ nur „oberflächlich“ hätten verdeckt werden können. Mit einer solchen Darstellung haben die Polen freilich nur bei dem Erfolg, die vor der Danziger Gesellschaft nichts wissen. Ironiz Steffen hat in dem Titel seines kürzlich erschienenen Werkes „3000 Jahre bevorzugten Danziger Deutschum“ (Vorwärts-Preußischer Verlag) in Danzig ganz richtig das Ergebnis zusammengefasst, zu dem jede Betrachtung der Danziger Gesellschaft gelangen mus, die sich nicht vom Vorwurf der bewußten Fälschung oder der schätzlichen Umdeutung historischer Vorgänge aussehen will.

Bis zum Jahre 1920 hat Danzig niemals in einem seine Freiheit beströmenden Abhängigkeitsverhältnis zu Polen gestanden, auch nicht in der sogenannten „polnischen Zeit“, wie man die 30 Jahre von 1454 bis 1793, also von der Aufteilung Danzigs gegen den Deutschen Orden bis zu seiner Vereinigung mit Preußen, zu bezeichnen pflegt. Als Danzig im Jahre 1454 vom Deutschen Orden abfiel, gehörte das nicht aus besonderer Vorliebe für Polen. Rationale Gründe schieden bei dieser Aufteilung gegen den Orden und bei der Unterstellung unter die „Schuchterhaft“ des polnischen Königs vollkommen aus. Ein Gegensatz zum Orden bestand nur auf wirtschaftlichem Gebiet, infolfern als der Orden, um sich neue Einnahmen zu erschließen, in zunehmendem Maße begonnen hatte, Handel zu treiben und dadurch die Handels- und Gewerbetätigkeit der preußischen Städte, denen er ursprünglich völlig Freiheit gehabt hatte, zu schwächen. Danzig hatte sich nicht aus der Abhängigkeit vom Orden befreit, um sich in die Abhängigkeit von einer anderen Macht zu begeben. Es ist auch in der sogenannten „polnischen Zeit“ niemals ein Teil des polnischen Staates gewesen, sondern hat mit diesem Staat nur indirekt und lose durch die Person des Königs in Verbindung gestanden. Es hat sich von seinem Staat so weitgehend Befreiete und Privilegien zu sichern gesucht, dass es tatsächlich eine völlig unabhängige, dem polnischen Staat souveräne ebenbürtige Stellung einnahm; eine Stellung, die vor allem durch nachfolgende Bestimmungen der mit Roskinit von Polen geschlossenen Abkommen gekennzeichnet wird:

Kein Fremder, d. h. auch kein Pole, sollte das Recht, ohne besondere Erlaubnis der städtischen Behörden in Danzig zu wohnen und Handel zu treiben; und diese Erlaubnis wurde Menschen nichtdörflicher Abstammung nur in den seltesten Fällen erteilt; dem Handelsverkehr unterlag jedoch der polnische König. Dieser hatte kein Recht, sich in die finanziell schwächeren Danziger zu mischen; über Einführung und Abschaffung von Steuern und Zöllen entfiel die Stadt völlig unabhängig von Polen. Kein Pole, das sich die Stadt gegeben hatte, bedurfte zu seinem Inkrafttreten der Zustimmung des polnischen Königs, gestrichene denn das polnischen Reichstags. Die Stadt hatte das Recht der freien und selbständigen Vergleichung aller militärischen und geistlichen Muster und Lehren. Danzig durfte zur Wahrnehmung seiner persönlichen Rechte in Danzig zwar einen „Burgratzen“ bestellen; in der Wahl dieses Vertreters aber war er beschränkt; denn dem Danziger Rat stand das Recht zu, dem König für diesen Polen alljährlich acht seiner Mitglieder in Vorhersag zu bringen, aus denen der König seinen „Burgratzen“ aussöhnen mügte. Bezeichnend für die selbständige Stellung Danzigs war auch, dass es einen ständigen Vertreter beim polnischen Königshof unterhielt. Es hatte weiter das Recht, unabhängig von Polen eigenes Gefolde in fremden Staaten zu unterhalten und Gefolde fremder Staaten bei sich zu empfangen. Es hatte also das Recht und mochte von diesem Rechte auch ständig Gebrauch, eine von Polen unabhängige Außenpolitik zu betreiben; denn Polen steht ist für Danzig immer Ausland genossen. Danzig schloss Bündnisse und führte Kriege, wie es seinen Interessen entsprach, ohne Rücksicht auf Polen, und mehr als einmal hat es in dieser sogenannten „polnischen Zeit“ mit fremden Mächten gegen Polen paktiert und selbst Krieg gegen Polen geführt. Es behielt eine völlig unbeschränkte Militärhoheit innerhalb seiner Grenzen, und auch polnische Truppen durften Danziger Gebiet nicht betreten, wie Polen kein Recht hatte, die Besetzungsfest der Stadt zu verbieten, auf deren Ausbau der Rat maßregelnd gerade im Hinblick auf Polen die größte Sorge gezeigt hatte. Das wichtigste Recht, das Danzig in „polnischer Zeit“ aufwies und worauf seine Existenz und sein Wohlstand beruheten, war die unbehinderte Verfüigungsgewalt über den Hafen. Es widerstreit vollkommen den Tatsachen, wenn die Polen heute behaupten, dass der Danziger Hafen damals zum polnischen Staat gehörte. Polen hat niemals einen eigenen Hafen besessen und niemals das Recht gehabt, in der Verwaltung des Danziger Hafens ein Wort mitzuprägen, wie es auch niemals eine eigene Handels- oder Kriegsflotte gehabt hat.

Was nun diesen weitgehenden Rechten, die die volle Selbstständigkeit des freien Stadts garantierten, an Verpflichtungen zugunsten des polnischen Königs gegenüberstanden, war wenig genug; so wenig, doch man die „Schuchterhaft“, die dieser König über Danzig ausgeübt hat, kaum anders bezeichnen kann als eine praktisch belanglose Formalität. Wohlgemekelt: der polnische Staat als solcher hat niemals irgendwelche Rechte in oder auf Danzig gehabt. Somit solche Rechte auf Grund der Inkorporationsurkunde vom 6. März 1454 behaupten, besagen sie sich ausschließlich auf

die Person des jeweiligen Königs von Polen. Die Besitzungen Donjiks befinden daher in der formalen Anerkennung der Oberheit des polnischen Königs in einer bescheidenen jährlichen Rente, in der freien Bewirtschaftung des Königs und seines Gefolges für die Donjik und schließlich im Bas und der Unterhaltung eines Wohnhauses für den König, eines Speiders und eines Stalles für 20 Pferde. Das war alles. Und nicht einmal diese doch wirklich bescheidenen „Höheitsrechte“, die dem polnischen Könige gegenüber Donjik galten, wurden verwirklicht! Es dauerte 10 Jahre, bis der geforderte Speider für den polnischen König gebaut wurde, und auch dann blieb er Eigentum des Donziger Rates; und das Wohnhaus, für das noch 130 Jahre endlich die Mittel bereitgestellt wurden, wurde überhaupt niemals gebaut, da doch die polnischen Könige bei ihren Besuchen in Donjik mit den ihnen zur Verfügung gestellten Privathäusern vorliebnehmen mussten — sofern Donjik ihnen überhaupt das Betreten des höldischen Höheitsgebietes erlaubte.

Rafimir der Große mag beim Abfließ der Inkorporationsakte von 1454 und der nachfolgenden Sonderkonferenz mit Danzig ge-hofft haben, daß es Polen doch noch gelingen werde, die Danziger Freiheit zu erhalten. In der Tat haben die polnischen Könige in der ganzen sogenannten Polenzeit immer wieder versucht, die deutsche Stadt in die Reine zu zwingen. Aber ohne Erfolg. Danzig hat in den 340 Jahren, die es unter der Schutzherrschaft der polnischen Könige stand, auch nicht die geringste Beschränkung der seine Selbständigkeit gewährleistenden Rechte gehabt. Anders als die anderen preußischen Städte und Stände, die durch den Rechtsbruch des Lubliner Reichstags von 1569 ihre Privilegien und Sonderrechte verloren, hat Danzig seine Unabhängigkeit bis zum Anschluß an Preußen, die bei der zweiten Teilung Polens erfolgte, in vollem Umfang behauptet und mehrmals mit den Boston gegen Polen verteidigt. So hat es sich während des sogenannten „Pfaffen-krieges“ der 1463 bis 1479 um die Befreiung des ermlandischen Bischofsstuhles gekämpft wurde, auf die Seite der prußischen Stände und ihres deutschen Kandidaten gegen den polnischen König und dessen polnischen Kandidaten gefallen und durch sein Eingreifen den Streit zugunsten der deutschen Ermländer entschieden. So hat es sich im Jahre 1575 geweigert, Stephan Bathory, der die verbleibten Rechte der freien Städte nicht bestätigen wollte, als Schutzherr anzuwerken, und es hat sich, als der König die Stadt in die Reichs-acht stellte, das Danziger Land von seinen Truppen verlassen und die Stadt selber beschützen ließ, in einem kriegerischen Kampf leidlich gehalten und schließlich den rechtsbrüchigen König zu der verweigerten Elbes-leistung gezwungen.

Es trifft auch nicht zu, daß die Freie Stadt Danzig in kultureller und nationaler Bedeutung mehrere der sogenannten „politischen“ Zeit unter polnischem Einfluß gesunken hätte. Der politische und wirtschaftliche Kampf der Freien Stadt war zugleich auch ein Kampf um die Deutschtum. Auf keinem Gebiet des geistigen Lebens und des künstlerischen Schaffens hat Danzig in „polnischer Zeit“ von Polen der Anregung oder Vorbildern empfangen. Im Gegenteil, je mehr im benachbarten Polen unter der maßlosen Herrschaft des Schlosses das kulturelle Leben verksam, um so enger stöhnt sich Danzig an die kulturellen Verstrebenungen im deutschen Mutterland an, das noch um so mehr, als sich die kulturellen Segnungen jenseits Danziger und Polens mit der Reformation noch weiter verteilten. Die deutsche Sprache während der polnischen Zeit nicht anders als vorher und nachher in Danzig nicht nur die vorherrschende, sondern die allein geläufige Amts- und Umgangssprache gewesen. Die wenigen polnischen Bürger, die in der Stadt vorhanden waren, hatten nichts zu bedenken; sie gehörten ausschließlich dem armen und ärmeren Volksseitlichen an. Die gebildeten Danziger haben während der ganzen sogenannten „polnischen“ Zeit ihre Ausbildung ausschließlich auf die deutschen Universitäten, vor allem in Büttenberg, Leipzig und Frankfurt a. O. erhalten, und alle geistigen Säuber, Theologen und Schmädmänner, stimmtet, sowie jetzt nicht geborene Danziger waren, ausschließlich aus Deutschland. So waren die Direktoren und Lehrer des Akademischen Gymnasiums, das 1558 gegründet wurde und für Danzig nebenbei die Stelle einer Hochschule einnahm, ebenso wie die Träger des übrigen höheren und auch des niederen Danziger Schulwesens ohne Ausnahme deutsch. Und dieses Schulwesen stand im Gegensatz zum polnischen Bildungswege der entsprechenden Zeit hinter dem Schulwesen in den übrigen deutsften Ländern durchaus nicht zurück. Hatte der Danziger Senat doch, wie Wortsinki sagt, „mindestens seit 1660 die allgemeine Schulpflicht für das Land“ eingeführt, so daß „dieses nicht allein kleine Dorf“ des Danziger Staatsgebietes „seinen eigenen Schulmaister hatte“. Es ist klar, daß diese für die heimliche Zeit ganz ungemeinliche Durchdringung mit deutscher Geistesgegenwart die Bevölkerung gegen jede kulturelle Überflutung von volkstümlicher Seite her, notwendigem Instandhielt.

Es hat vom 16. bis 18. Jahrhundert keine literarische Strömung in Deutschland gegeben, die nicht auch in Danzig ihre "Heimstätte gehabt" hätte. Von den kriegslässigen, kriegerischen Zeiten des 16. Jahrhunderts stand hier wie auch sonst in Deutschland das historische Volkseid in Blüte. Es hat in Danzig durch den händischen Kampf mit Polen seineondere, charakteristische

Viele erhalten. Thauso hat die deutsche Spruchdichtung dieser Zeit auch in Danzig ihre Vertreter gefunden, und doch auch die Dichtkunst der Meisterlinger, die in Süß- und Mitteldeutschland heimisch war, an Danzig nicht立足 vorübergegangen ist, kann man aus monchen Überlieferungen ersehen. Trotz Krieges, Pest und religiösen Unruhen hat Danzig dann im 17. Jahrhundert den Mittelpunkt der deutschen Renaissancebedeutung gehabt, Dichter, Denker und Gelehrte Gesellschaften sind hier wie im Reich die Sommerspunkte der gebildeten Kreise gewesen; und der Schriftsteller Martin Opitz hat sich in Danzig mit seinem Buch über die deutsche Poeterei den Ruben des Begründers der deutschen Renaissancebedeutung erworben. Wie in diesen beiden, so hat auch im 18. Jahrhundert, als die klassifische Periode der deutschen Literatur begann, die moderne wissenschaftliche Forschung entstand und die Zeit der Publizistik einsetzte, der deutsche Geist völlig souverän in Danzig gebarcht, während von Polen her nicht das geringste festgestellt werden kann. Dr. R. (Schluß folgt.)

Auslandsreisetypen und Reisetypen-

Bis zum Jahre 1930 ll., wie Sobrielsky im „Osteuropamarkt“ feststellt, die ausländische Verbindung Polens ständig gewachsen. Seitdem ist die langfristige Verbindung zwar noch gestiegen, aber nicht mehr in dem gleichen Maße, wie die kurzfristige gefallen. Die gegenwärtige Situation ist durch ein fast stillstehendes Auftreten des Kapitalflusses gekennzeichnet. Am 1. Januar 1932 betragen die Auslandsabschläge der öffentlichen Hand 3.569.830.000 31.5% dieser Münzen den größten Betrag die Vereinigten Staaten mit 2,7 Milliarden Zloty, dann Frankreich mit 803 Millionen Zloty, Schweden mit 299 Millionen Zloty und England mit 215 Millionen Zloty. Nur Italien und Amerikanische Staatsobligationen sind in losfenden Finanzierungen Deutsches in Höhe von etwa 295 Millionen Zloty aufzubringen. Die Verbindlichkeiten aus Pfandbriefen und Obligationen beträgt 331 Millionen Zloty. Die Beteiligung an den Auslandskapitalien in polnischen Industrie- und Handelsunternehmen und die Tätigkeit ausländischer Unternehmungen in Form von Niederlassungen in Polen verhindern insofern besonderes Interesse, als sich bei einer Aufstellung der einzelnen Positionen er zeigt, daß die ländliche Meinung, französisches und amerikanisches Kapital habe sich Polen besonders verpflichtet, infolge solcher ill. als sie die Bedeutung des deutschen Kapitals für Polens Wirtschaftsentwicklung unterschätzt. Die einzigen ausländischen Verträge nachweisbar sind Frankreich mit 305 Millionen Zloty, Deutschland und Danzig 17,8 Millionen Zloty, USA 317,9 Millionen Zloty, Belgien 140 Millionen Zloty, England 71,9 Millionen Zloty. Die Gesamtsumme des in politischen Unternehmungen erzielten ausländischen Kapitals betrug am 1. Januar 1932 2276 Millionen Zloty. Nach der amtlichen Statistik gibt es in Polen 8 Niederlassungen, in denen Auslandskapital investiert ist; davon sind 643,1 Millionen Zloty bewertet, wobei davon das französische und belgische Kapital einen Anteil von 50,3 %, das deutseh 19,5 %, das amerikanische 7,5 % o. Ä. Alle diese und viele mehr bestreitet Kapital auf zweiter Stelle. Solches langfristiges Verbindschaffen treten die kurzfristigen, die abgelaufenen von den Bankkrediten stark zurückgegangen sind. Am 1. Januar 1932 betragen die Bankkredite 1250 Millionen Zloty, die Bankkredite 401 Millionen Zloty, die Außenhandelskredite 330 Millionen Zloty.

Dieser Verpflichtung an das Ausland stehen nur geringe
Guthaben gegenüber, die für 1930 mit 1484 Millionen Zloty an-
gegeben werden. Von dieser Gesamtsumme sind 27 v. H. in England,
24 v. H. in den Vereinigten Staaten, 15 v. H. in Russland und nur
10 v. H. in Deutschland untergebracht. Deutschland ist mit nun posse
in viel geringerer Höhe an der Kreditveräußerung beteiligt als aktiv.
Grobkalk unterstellt schließlich die Frage der weiteren Entwicklung
und der Auswirkungen dieser Verpflichtung. Die jährlich für
Zinsen und Amortisationen von Polen an das
Ausland zu zahlenden Summen erscheinen in der
Zahlungsbilanz mit etwa 520 Millionen Zloty. Die
dafür aufzutreibenden Deosen kann nur der Export liefern, die Polen
jedoch Aktivposten von Bedeutung nicht aufzuweisen hat. Die
Rücksichtnahme der kurzfristigen Kredite kommt zwar
zum Teil durch Neuaunahmen aus langfristigen Kapitals
gedeckt werden. Darauf hinzu kommen aber dauernd Renten
anforderungen an die Bank Polski. Vieles sieht die Gold- und
Bauschleife schwanden, und es besteht die Gefahr des Unter-
schreitens der vorgeschriebenen Deckung. Aus diesem Grunde wird
schon seit längerer Zeit die Möglichkeit eines Moratoriums
erwogen oder eine Abkehr vom Goldstandard. Der Vor-
fall gelang schließlich zu dem Ergebnis, daß bis zum Mai oder
Juni nächsten Jahres, zu welchen Zeitpunkt frühestens durch
eine Konjunkturdepression der polnischen Wirtschaft eine fühlbare Er-
leichterung gebracht haben könnte, die Währungsgrund-
lage nicht zu halten sei, wenn nicht Zwangsmaßnahmen
"Notstandes" des "Währungs- und Wechselwerts" des "finanziellen, Währungs-
wirtschaftlichen" - ergriffen werden. Ein Moratorium aber, um das
die Polen gebeten hatten, haben die Vereinigten Staaten dieser Forderung
erst abgelehnt.

Die Russenpakte.

Der polnische Staatspräsident hat am 26. November den Fasli d. J. unterzeichnetes „Rückgriffspakt“ mit der Sowjetunion und das darin vorgesehene Schlichtungsabkommen ratifiziert. Am 29. November hat die französische Regierung auch überstet eines dem polnisch-russischen entsprechenden Pakt und eines dagebürgigen Schlichtungsvertrag unterzeichnet. Damit ist ein vor mehr als zwei Jahren begonnenes Vertragsgeschehen zum Abschluß gekommen. Für die Sowjetunion gibt es jetzt, nachdem schon seit langem freundliche Beziehungen zur Türkei, zu Persien und Afghanistan bestehen und entsprechende Absturzpunkte zwischen Rumänien, Estland und Lettland bekannt gekommen sind, nur noch im Sowjetischen Osten, so daß aber letzter Teil die Lage zu Moskaus Gunsten gleichfalls ziemlich gesellt hat, und gegenüber Rumänien vertraglich sicher gestellt. Offiziell Polens kommt der Dokumentation indes das kürzlich erfolgten Wendeziel in der Besetzung des Warschauer Außenministeriums befohlenes Interesse. Es ist nicht ganz klar, ob bei dem nach dem vielseitigen Vergleichungen dieses unerwartet erfolgten Abschluß Frankreich oder Polen die stärker trübe Kraft geworden ist. Da man aber annehmen muß, daß der Rückgriffspakt, der niemals einer bedeutenden Schwäche vorherige Verhandlung mit dem Quai d'Orsay unterstellt hat, mit der Paktfrage in unmittelbarem Zusammenhang steht, scheint die stärkere Initiative in dieser Angelegenheit auf politischer Seite gezeigt zu haben. Es ist wahrscheinlich, daß hinsichtlich des Zeitpunktes und der Bedingungen des Absturzwilligen Warschau und Paris Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Sie sind jedoch offenkundig nicht so schwerwiegend wie der Zweck, daß sie die Gleichheit des Ziels hätten verdecken können, das beide und den Rückgriffspaktverfolgten.

Wichtig sind für beide Staaten die Bestimmungen der Pakte, in denen sich die russische Regierung verpflichtet, jede Handlung zu unterlassen, die eine Bewegung oder Propaganda unterstützen könnte, deren Ziel es ist, die Oberherrschaft und Unabhängigkeit der Sowjetunion zu untergraben oder deren politische und soziale Herrschaft zu stützen oder zu ändern. Auf Grund dieser Bestimmungen wird sich Moskau — je schwer kontrollierbarer Vertragsteile vorauseilegt — in Zukunft zum wunderbaren einzigen Konservator in der Förderung kommunistischer Umsturzpläne aufzulegen, wie es sie momentan in den französischen Kolonien verfolgt. Auch Polen ist an dieser Bestimmung besonders im Hinblick auf seine von revolutionärer Unruhe untergrubene ukrainisch-westlichen Oligarchie stark interessiert. Die Abhängigkeit der von Moskau geförderten kommunistischen Propaganda in den paktländischen Ländern hat jedoch ihre zwei Seiten. Es ist nämlich damit zu rechnen, daß Moskau seine in diesen Ländern gehemmten Volksbewegungsbestrebungen auf andere Länder ableiten wird. Die ersten Zeidringen werden hierbei vorwiegend Deutschland und England sein, Deutschland, das Moskau unter den derzeitigen Regierungsbefreiungen — und nach der letzten Reichstagssitzung — nicht, mit Unrecht — für sein belohnend gezeigte Verständigungsfeld hält, und England namentlich in bezug auf seine schätzungsweise Unternehmenspakte und Verpflichtungen. Jedenfalls können die Russenpakte Polens und Frankreichs eine außenpolitische Schwächung Deutschlands durch eine Vermehrung seiner innerpolitischen Schwierigkeiten bedeuten.

Vor einer solchen Schwächung, d. h. eine Verschärfung und Er schwärmung der deutschen Außenpolitik der Hauptzweck der Rückgriffspakte ist, nicht zu bestreiten. Frankreich und Polen wollen durch ihre Annäherung zu Rußland die deutsch-russische Zusammenarbeit, die ihnen vorüber in höchstem Maße unbekannt gewesen ist, fördern. Sie wollen Rußland, das für sie bisher gleichfalls außerhalb Europas gestanden hat, in die Verfasster Ordnung, d. h. gegen Deutschland, eingliedern, um diese in Wanken geratene Ordnung von neuem zu stützen. Außer diesen politischen Absichten scheint speziell Polen auch noch weitgehende wirtschaftliche Hoffnungen mit dem Paktabschluß zu verbinden. Der politischen soll aufschneidend bringen kann auch eine handelspolitische Annäherung folgen. In Warschau ist man jedenfalls auf einem Ausbau des Gütertauschtauschs mit der Sowjetunion sehr interessiert. Man sieht in der Erfolgschance des russischen Marktes eine gute, vielleicht die einzige Möglichkeit, die hoffnungslos danebenliegende Industrie, namentlich die oberherrschaftliche Schwerindustrie, mit neuen Aufträgen zu versorgen. Man denkt wohl auch daran, dem deutschen Export nach Rußland den Rang abzunehmen und auch auf diesem Gebiete dem weltlichen Nachbarn Schaden zufügen zu können.

Neben erhofften Vorteilen stehen einige, in ihrer Realität freilich schwer abhöhbare Nachteile gegenüber. Bissher haben Frankreich und Polen kaum eine Gelegenheit gehabt, Rußland als „Herrschertes des Weltreichs“ zu verbürgtigen. Diese momentan in den angelsächsischen Ländern immer noch zugrundeliegende Propagandatheorie muß mit der eigenen Annäherung an den „Erfeind der europäischen Civilisation“ natürlich hinsäßig werden. Auch das „historische Verdienst Polens“, im Jahre 1920 „Europa vor der russischen Gefahr gerettet“ zu haben, wird den gutgläubigen Angestellten unter den neuen Verhältnissen in einem etwas anderen Lichte erscheinen. Die Engländer, die bisher immer in Polen ein An-

griffsgegner“ gegen Rußland und in Frankreich einen zuverlässigen Partneger in den kolonialen und seefestlichen Fragen gelobt haben, werden unlernen müssen, wenn sie ausmarken, daß diese beiden jetzt kein Bedenken mehr tragen, durch wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit Moskau die Konsolidierung des Volksstaates im Kaukasus zu fordern und damit auch für die Zukunft dessen Stärke noch aufzutragen zu hoffen. (Die beiden Pakte verpflichten sich Frankreich und Polen, wie auch umgekehrt Rußland — keinem internationalen Abkommen beizutreten, das den Kauf und Verkauf von Waren und die Eröffnung von Krediten für den Vertragsstaaten praktisch überbindet.) Außerdem verliert die politische Propaganda in der „Absturzfrager“ durch den Abschluß des Russenpaktes eine ihrer wichtigsten Thesen; dann die beliebte Aussrede der Polen, nicht abstimmen zu können, weil auf einer Seite „die deutsche Gefahr“ und auf der anderen Seite „die russische Drohung“ steht, kann jetzt nicht mehr gerade übermäßig überzeugend wirken.

Was Deutschland an den Rückgriffspakten stark interessiert, ist die Tatsache, daß diese Pakte unter wesentlich anderen Umständen als gewonnen sind, als es ursprünglich in französischer und polnischer Absicht getreten hat. Rumänien weigert sich trotz schweren Drucks von Pariser und Warschauer Seite, gleichfalls einen Rückgriffspakt mit Rußland abzuschließen. In dem System, das so im Osten mit deutscher Front gegen Deutschland aufgestellt worden ist, knüpft eine Lücke, durch die die beschäftigte Wirtschaft des ganzen gegebenen Teils in Frage gestellt werden kann. Kurz vor der Unterzeichnung des russisch-polnischen Paktes teilt die rumänische Außenminister Etatclus den Abruch der russisch-rumänischen Verbindungen mit; sie sind — allem Anschein nach endgültig — an die bulgarisch-türkische Frage gestellt. Polen und Frankreich wollen Verhandlungen nicht mehr auf den Abschluß verzichten; und andererseits will Rumänien, der nicht daran, Frankreich und Polen zuließ einen Vertrag abzuschließen, der nicht in klarer Form seinen selbstverständlichen Anspruch bestätigt. Aufgrund aber lehnt eine Garantie seiner gegenwärtigen Grenze mit Rumänien ab.

Trotz der Verhinderung Etatclaus, daß die Beziehungen zu Frankreich und den anderen Bundesgenossen unverändert bleiben würden, behält die sehe Haltung Bükarests in der Paktangelegenheit, daß Rumänien für Frankreich und Polen im mindesten kein langer Parteidräger mehr ist. Von Frankreich können die Rumänen im Ernstfall kaum Waffenhilfe gegen Rußland erwarten; und ihr wirtschaftliches Interesse an Frankreich ist nahezu auf den Nullpunkt gesunken, seitdem Paris keine Kredite mehr gibt. An einer Rückzahlung der ihnen bisher gewährten Kredite aber können die Rumänen bei ihrer katastrophalen Wirtschaftslage nicht denken. Niemand würde es ihnen verdenken, wenn sie sich weigerten, ihre Schulden an Frankreich zurückzuhallen, und wenn sie sich auf den Standpunkt stellen, daß die Kredite, die ihnen Frankreich aus politischen Gründen gewährt hat, für dieses eben politische Unterkosten hat — nicht anders als die Millarden, die dasselbe Frankreich vor dem Kriege gleichfalls aus politischen Gründen den Russen gewährt hatte, ohne etwas davon zurückzuhalten. Was das russisch-polnische Verhältnis anlangt, so sieht man in Bükarest den Wechsel im Warschauer Außenministerium als eine ziemlich unwirksame Karriereanlage an, die die schon vorher gespannten Beziehungen nur noch weiter zu verschärfen gesiegt ist. Seit Wochen behandelt sich die beiden Länder in ihrer Presse in einer Weise, die unter Bundesgenossen jenseits mindestens etwas ungewöhnlich erscheint. „Wenn ich Tschech“! Der damals noch Außenminister war, blickt e. B. in Bükarest „Carentul“, von seinem Bessarabien gelangweilt fühlt, „so häßt uns nichts davon ab, ihm zu sagen, daß auch wir zu gewissen Unbillen beim Anblick des monstrosen Banjiger Korridors gesiegt sind...“ Das ist nämlich deutlich. „Wenn Polen“, hieß es weiter in diesem Blatt, „sich in irgendeiner Weise durch das Bündnis mit uns geweckt fühlt, so würden sich vielleicht die Deutschen dagegen durch eine neuerliche Ankündigung alter Bindungen mit Rumänien beginnen fühlen, welches auch jetzt einen Brennpunkt der politischen Aktionen in Mitteleuropa und auf dem Balkan darstellt.“ Dass „die polnisch-rumänischen Beziehungen eine bedeutende Lockerung erfahren haben“, wie der liberale Brâianu in der Parlamentsausprache über den Abruch der Paktverhandlungen mit Rußland festgestellt hat, ist nicht zu bestreiten. Ebenso klar ist aber auch, daß Rumänien in dem Maße, in dem es sich von Frankreich und Polen entfernt, in den politischen Raumkreis Deutschlands und vielleicht auch Italiens eintritt. Wenn der Süßer der antisemitischen Fraktion, Prof. Cuzo, im rumänischen Parlament gegen Frankreich, „das durch die Erfolge des großen Staatsmanns Hitler in Angst verfestigt ist“, den Vorwurf erhoben hat, daß es „nach Verbündung mit Somerreichland auf Kosten Rumäniens strebt“, so hat er damit nur die in fast allen rumänischen Parteien mehr oder weniger vorhandene Befürchtung, mit Deutschland zusammenzugehen, zum Ausdruck gebracht. Diese Befürchtung und die Möglichkeiten, die sie der deutschen Ostpolitik bietet, sollte man in Deutschland gerade im Zeichen der polnisch-französischen Russenpakte nicht übersehen.

Dr. R.

Polnischer Rückzug.

Der Völkerbundsrat hatte die Danziger Forderungen, gegen die Einführung der Zollgrafschaft bei den Eisenbahnen des Kreisstaates ohne Zusprache, auf den Vereinsschluss verwiesen, der aus dem englischen Kronjuristen Sir William Watkins, dem norwegischen Grafen von Born Wikstrand und dem Spanier Pedro bestand. Vor dem Ausschuss hat sich Senatspräsident Dr. Siegmund Körber gegen das Vogelschließungsprojekt polens, das seinen Zugvögel als eine rein technische und im Interesse der Vereinfachung des Güterbeförderungswesens notwendige Maßnahme vorstellt, vertheidigt. Auch dem bisherigen Verhalten Polens wurde allgemein damit gerechtfertigt, daß die Warschauer Regierung trotz des Völkerbundserlasses am 1. Dezember die geplante und bereits in der Vorbereitung begriffene Verordnung über die Zollgrafschaft durchführen werde. In Gott! daß Polen nun nach anfänglich Jahrfeierndem und herausforderndem Auftritt einen unverantwortlichen Rückzug angestartet, der wohl auf die kritik juristisch zu führen sein mag, die kleine Danzig-Politik vor allem in England gefallen ist und die es ihm wohl angebracht erscheinen ließ, in einzigen Teilsfragen nachzugeben, um sich nicht des Gesetzes einer Auflösung des Danziger Problems in seinem ganzen Umfang auszusetzen. Auf Grund des englischen Vorschlags fanden in Gott direkte Verhandlungen zwischen den Danziger und Warschauer Vertretern statt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war, daß Polen seine Voraussetzung aufrechterhielt, die für den 1. Dezember angekündigte Einführung der polnischen Währung auf den Danziger Eisenbahnen vorzunehmen oder die Frage juristisch und materiell zum Austragen zu bringen; der Standpunkt Danzigs, daß in der geplanten Maßnahme ein mit aller Schärfe juristischwörendiger Angriff auf die Danziger Währung zu erblitzen sei, hat sich durchgesetzt, ein Ergebnis den grundsätzlicher, weitstragender Bedeutung. Mitbehandlung für den politischen Rückzug in der Zollfrage mögen wohl auch die von Danziger Seite bereits in der Vorbereitung gebrüllten Maßnahmen gewesen sein, die auf eine Ausschaltung der Eisenbahnen aus dem Danziger Verkehr abzielten. Die in Frage kommenden Verkehrsunternehmungen, Straßenbahnen- und Autobuslinien, hätten mit schweren Strafverschreibungen, Verbüßung der Monatskarten, Verbefüllung und Ausdehnung des Verkehrsverbotes um der Danziger Bevölkerung in weitgehendem Maße die Möglichkeit verschafft, die Eisenbahnen zu meiden und damit einen Publikumsstreit gegen die polnische Verwaltung durchzuführen. Ein solcher Streit hätte im Auslande ein derartiges Ausmaß erregt und wäre ein überzeugender Akt der Danziger Selbsthilfe und des Danziger Protestes gewesen, daß die polnische Regierung es vorgezogen haben mag, rechtzeitig einzufunktionieren, um sich nicht der allgemeinen Kritik auszusetzen und sich vor dem Auslande nicht lächerlich zu machen.

Im Rahmen der Danziger-polnischen Verhandlungen wurden auf Vorschlag des Völkerbundskommissars außerdem noch drei weitere Punkte erledigt, die allerdings nur einen kleinen Auschnitt aus dem umfangreichen Komplex der zwischen Danzig und Polen schwedenden Streitfragen bilden. Die vom Polen bisher stets bestreitete Verpflichtung im Beitragsleistungsfaktor für die von seinen Untertanen mit in Anspruch genommenen Danziger Schulen wurde anerkannt und angesetzt gesetzelt. — Sehr wichtig ist auch, daß Polen die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts über die rechtliche Stellung der Polen in Danzig jetzt anerkennt. Diese Entscheidung besagt, daß die Polen in Danzig keine weiteren Rechte als die einer Minderheit haben. Es ist in diesem Zusammenhang vereinbart worden, daß Polen die Wünsche, die es auf diesem Gebiet hat, dem Senat der Freien Stadt bis zum 20. Dezember mitteilt und daß dann direkte Verhandlungen aufgenommen werden. Sollte bis zum 1. April u. J. kein Ergebnis erzielt werden, so sind beide Parteien übereinkommen, die Frage der Entstehung des Völkerbundskommissars zu unterbrechen. Dabei wurde aber ausdrücklich festgestellt, daß für diese Entstehung des Völkerbundskommissars die Grundsätze des Haager Gutachtens maßgebend sind. Außerdem wurde die Aufhebung der gegenseitigen Zettungsverbote beschlossen. Diese Aufhebung liegt überwiegend im Interesse Danzigs, dessen große Presse damit wieder Zugang zu der deutschsprachigen Bevölkerung der angrenzenden polnischen Gebiete erhält. (Von polnischen Zeitungen wurde in Danzig als letzte das Danziger Polenblatt, die „Gazeta Gdańska“, die in Thorn gedruckt wird, auf die Dauer von zwei Jahren verboten worden können.)

Dem Übereinkommen ist ein Briefwechsel zwischen dem Danziger Senatspräsidenten und dem polnischen Staatsminister beigelegt. Der Briefwechsel besteht sich mit der Zollfrage und bezieht sich auf Artikel 36 der Pariser Konvention. In diesem Artikel verpflichten sich beide Seiten, auf Antrag der einen oder anderen Partei, sobald es

die Umstände gestatten, in Verhandlungen über die Bereitstellung der in beiden Staaten geltenden Währungen einzutreten. Ruhmlos der polnische Vertrag, auf dem Umweg über die Eisenbahn zu schaffen, mithin ist, ändert die Anerkennung dieses Artikels durch Danzig nichts an der bestehenden Rechtslage; infolgedessen kommt der Danziger Senatspräsident ohne Bedenken die — offenbar für die polnische Öffentlichkeit bestimmte — Erklärung abgeben, daß künftige Verhandlungen über die Vereinheitlichung des Währungsraums auf Grund des Pariser Vertrages nicht ausgeschlossen sind. Von Polen war versucht worden, dem erwähnten Artikel die Auslegung zu geben, daß derartige Verhandlungen bedingungslos aufgenommen werden müßten. Dieses Verlangen ist von Danziger Senatspräsidenten entschieden zurückgewiesen worden, und es wurde von ihm erreicht, daß in den beiden Schreiben ausdrücklich darauf Bezug genommen wird, daß Verhandlungen nur zulässig es die Umstände gestatten, in Betracht kommen. Bei den völlig verschiedenen kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen, vor allem dem der Verhältnisse des auf dem Kopf der Bevölkerung stehenden Zahlungsmittelumlaufs in Danzig und Polen ist kein Zweifel daran möglich, daß die Voraussetzungen für die Einleitung von Währungsverhandlungen nicht gegeben sind und auch in Zukunft nicht gegeben sein werden. Es wird also auch auf dieser Wege Polen nicht gelingen, sein Ziel, eine Verdünnung des Danziger Goldes durch den Zoll, zu erreichen.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist zweifellos ein Erfolg für Danzig. Doch sich hierdurch aber an der grundfestsamen Haltung Polens gegenüber der Freien Stadt etwas ändern wird, ist nicht zu erwarten. Die Angriffe, die jetzt abgeschlagen worden sind, werden über kurz oder lang fortgesetzt werden, und dann vielleicht mit erheblicher Radikalität und mit gefährlicher Mitteln. Es ist ja nichts ausgeschlossen, nebst der Frage der Stellung des polnischen Staatsangehörigen in Danzig noch die Frage der Zollgrafschaft in Danzig. Es wird früher oder später wieder neue Verhandlungen geben, die für Danzig die alten Erfahrungen in neuer Form wiederholen. Der Völkerbundrat hat jetzt vor die Danziger-polnischen Abmachungen gewissmat; aber schon haben die Quartiertriebauten begonnen. Ihnen ausgangs hat sie von dem mit französisch-polnischer Unterstützung herausgegründeten „Journal des Nations“ genommen. Dieses Blatt schreibt, in o. J. seinem Schreiben an Minister Beck habe sich der Danziger Senatspräsident darüber erkält, daß eventuelle polnischen Währungsfluttagen, Verhandlungen über die Vereinheitlichung der Danziger Währung, der polnischen Währung aufzunehmen. Diese Vereinheitlichung sei im Pariser Vertrag als erwartet bezeichnet worden (?), und sie sei die logische und notwendige Folge (?) der Erfolge, doch die Wirtschaft der Freien Stadt Danzig mit der polnischen Wirtschaft eng verbunden ist. Wenn die Verhandlungen gelingen, so werde das ein Beweis dafür sein, daß sich in Danzig schließlich die Vernunft durchgesetzt habe. (Das Blatt vergißt, daß die Schwierigkeiten, über die es sich beklagt, immer wieder dadurch gekommen sind, daß Polen seinerseits immer wieder eine Änderung der bestehenden Danziger-Lösung zu erzwingen sucht.)

„Der Korridor ist ein Überstand.“

Die Nethermores-Zeitung „Daily Mail“ untersucht in einem leidenschaftlichen Artikel, daß man werft die den besiegteten Mächten zugesfügten Ungerechtigkeiten befehligen müsse, bevor man zur allgemeinen Abdankung schreiten könne. Wenn diese Mächte Ungerechtigkeiten nicht rechtzeitig zu Leie gegangen wären, würde, wie Thoreau erinnert worden (?), und sie sei die logische und notwendige Folge (?) der Erfolge, doch die Wirtschaft der Freien Stadt Danzig mit der polnischen Wirtschaft eng verbunden ist. Wenn die Verhandlungen gelingen, so werde das ein Beweis dafür sein, daß sich in Danzig schließlich die Vernunft durchgesetzt habe. (Das Blatt vergißt, daß die Schwierigkeiten, über die es sich beklagt, immer wieder dadurch gekommen sind, daß Polen seinerseits immer wieder eine Änderung der bestehenden Danziger-Lösung zu erzwingen sucht.)

„Kurtius und die amerikanischen Polen.“

Roh einer „Pat“-Meldung aus New York gab der „Club der ausländischen Pressevertreter“ in New York am 22. November ein Frühstück zu Ehren des ehemaligen deutschen Außenministers Dr. Curtius. Von Boris Borsig, dem Vizepräsidenten des Clubs, der New Yorker Vertreter der „Pat“ (Dawn Telegraph, Morawski), führten, der auch das polnische Propaganda-Magazin für Amerika, „Poland-America“, redigierte. Wegen der von Dr. Curtius einige Tage zuvor in Washington gehaltenen Rede, in der er die Rückgabe des Korridors forderte, war Redakteur Morawski der Meinung, daß es für ihn als Polen nicht ergänzend sei, bei diesem Frühstück den Borsig zu führen. „Na, wenn schon!

Neues aus Polen.

Die Verelendung der Bauernschaft.

Der bekannte polnische Bauerführer und ehemalige, von Piłsudski im Jahre 1926 geführte Ministerpräsident Witos gab im „Kurier Warszawski“ eine eingehende Schilderung der Lage des polnischen Landvolkes; er schreibt u. a.: „Der größte Teil der Bauern ist in Wucher und Schulden geraten und heute nicht mehr in der Lage, auch nur einen Penny zu bezahlen. Das Ergebnis sind viele Tausende von Gerichtsverfahren und Versteigerungen. Trotz des hohen Wohlens und des Drucks zahlreicher Gerichtsvollzieher haben viele Dörfer aufgehört, Steuern und Abgaben zu zahlen. Die Ernährung des Landvolkes ist auf die niedrigste Stufe gesunken. Sogar die einst wohlhabenden Landwirte verbrauchen keinen Zucker mehr, leben vornehmlich kein Bett, um das durch die Salzsteuer ihre Salz wird nur sehr sparsam verbraucht. Streichholzkerzen kann man sich nicht mehr kaufen, Feuerholz aus Stein, das hinunterbringen glimmernder Kohlen von einem Haushalt zum andern in Dorf ist nur alltägliche Soße geworden. In der Nacht sind die Dörfer in Finsternis gehüllt. Seitens zeigt sich in einem Zimmer eine schwach flimmernde Tafelkerze. Elektrisches Licht gibt es nicht. Petroleum und Kerzen kann der Bauer nicht mehr kaufen. Die Überlebenskraft ist weit besonders unter der jüngeren Generation und fordert jährliche Opfer. Ein Drittel der Bevölkerung hat keine Schuhe und läuft barfuß, auch im Winter. Viele Bauern haben nur noch Lumpen anzuziehen, Heizmaterial, Bücher und Zeitungen gibt es überhaupt nicht; Viech ist kaum noch vorhanden, viele Häuser fallen zusammen!“ — Aber Gedanken wünscht!

Die landwirtschaftlichen Kommissionen haben in Polen ihre Tätigkeit in aller Teilen des Landes aufgenommen. Diese Kommissionen werden den Gläubigern des Grundbesitzes eine Schuldentlastung vorschlagen, nach der in Verlaufe von mehreren Jahren 30 bis 50 % der Schulden abgezogen werden. Der Rest soll gestrichen werden. Der größte Teil der Gläubiger der Landwirtschaft, die sich aus Industrie- und Handelskreisen zusammensetzen, haben erklärt, daß diese Fölgung für sie unerträglich sei, da durch sie die Kosten aus der Krise der Landwirtschaft ausschließlich den privaten Gläubigern aufgebrückt würden. Sollte es trotzdem zu solchen Lösungen kommen, so sei weitgehend entgegenkommen des Staates und der Gemeinden den Gläubigern gegenüber bei der Zahlung der Steuern und Kommunalabgaben zu fordern. Der Staat müßte mindestens die Hälfte der Steuern streichen.

Ein peinlicher Irrtum.

Wie der „Kurier Piastowski“ meldete, haben sich in letzter Zeit die Viehdörfer und kleineren Raubüberfälle in ganz Polen, besonders in Warschau, erheblich vermehrt. Dieser Zustand ist darauf zurückzuführen, daß, wie es sich nunmehr herausgestellt hat, auf Grund der letzten durch den Staatspräsidenten erlassenen sogenannten kleinen Anordnung „irrtümlicherweise“ 800 Verbrenner, auf die Umsetzung keine Anwendung finden sollte, in Freiheit gefehlt wurden.

235 Offiziere.

Das polnische Kriegsministerium hat 235 Offiziere zur Disposition gestellt, darunter 14 Obersten und Oberstleutnants, 34 Majors und 88 Hauptleute. Der älteste dieser Offiziere ist 46 Jahre alt, der jüngste 24 Jahre. Gleichzeitig sind 24 ältere Offiziere wieder in Dienst gestellt worden. Diese Maßnahmen des Kriegsministeriums haben politische Gründe. Die 235 Offiziere sollen Beziehungen zum aufgelösten „Lager des großer Polen“ herstellen.

Eine Pressehochschule in Posen.

Wie Warschau so hat nun auch Polen einen höheren Journalistenkursus, eine Art Pressehochschule, erhalten, die der Handelshochschule angegliedert ist. Was dort gelehrt wird, kann man sich denken, wenn man z. B. folgendes beachtet: Eine jahrsständige Vorlesung über „Die nationalen Minderheitenprobleme mit besonderer Berücksichtigung der polnisch-deutschen Fragen“ — von R. Kierke, dessen „Wissenschaft“ man von seinem früheren öffentlichen Auftreten her hineinzieht. Vorgesehen sind ferner vier Vorlesungen über das Ausland in der jeweiligen Bundesprovinz, und zwar über das politische und wirtschaftliche Leben Frankreichs, über die wirtschaftliche Struktur Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika, über das wirtschaftliche Leben der Tschechoslowakei sowie über das wirtschaftliche und politische Leben Italiens. Aufstellen ist, daß sich kein Platz für die beiden wichtigsten Nachbarn Polens, Russland und Deutschland, gefunden hat, obwohl deren Bedeutung für Polen in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht doch zugleich größer ist als die der Tschechoslowakei oder Italiens z. B., obwohl die faktische Verkehrs- und Handelsprothese in ganz Osteuropa und für den polnischen Journalisten höherer Klasse geradezu unerlässlich ist. Deutschland ist diesen Leuten Lust; aber — und das überleben sie meist — ohne Lust kann man nicht leben.

Von den Polen in Deutschland.

Ab nach Polen!

Bei einer Vernehmung des polnischen Minderheitsforschers Viktor Kießegymann in Groß-Woپlin (Kreis Stuhm) gab dieser als seinen Wohnort „Großdab“ an. Als der vernehmende Beamte dafür „Großdab“ fragte, brauste Kießegymann auf und schrie, daß die Bezeichnung „Großdab“ für ihn eine Beleidigung darstelle. Dabei ist bemerkenswert, daß Kießegymann in Wirklichkeit im Kreis Osterode geboren ist und Jahrzehnte im preußischen Staatsdienst als Lehrer gearbeitet hat, bis er sein polnisches Herz entdeckte. Hoffentlich wird Herrn Kießegymann die Rückkehr in seine geliebte „Großdab“ nicht unheil erbarmen.

Polen und Ostpreußen.

In der Polenbundspresse kommt man natürlich einen „unterstanten“ Aufschluß, in dem aus den Mitteln des Ostpreises für die grenznahen Polen 3 Mill. RM. gefordert würden. Diese Forderung wurde damit begründet, daß die Grenzmark aus der Ostseite 8 Mill. RM. erhalten, also die Grenzmark aus der Seite der Provinz infolgedessen ein Beitrag in der genannten Höhe entfallte. Die Polenbundspresse pflegt ja auch sonst eine erstaunliche Logik zu entwenden: man ist ja schon manches gewohnt. Sie würde aber Sicherlich gut daran tun, die Primitivität ihrer Gedankengänge nicht allzu sehr zu übertreiben. Zunächst gibt es keine 1000 Polen in der Grenzmark, wenn so viele Grenzmärkte im Jahre 1925 Polnisch als Muttersprache angegeben haben, so geht daraus erfahrungsgemäß noch lange nicht hervor, daß sie auch alle für die nationalpolnischen Zwecke in Städte kommen, für die die Polenbundspresse die geforderten 3 Mill. RM. verwenden möchte. Außerdem scheint man sich zu den Polenbundkreisen noch nicht allzuviel mit dem Ostpreisproblem befreit zu haben; sonst müßte man nämlich wissen, daß die Gelder nicht in gleichen Quoten auf den Kopf der Bevölkerung verteilt werden und auch gar nicht in dieser hyperbolischen Weise verteilt werden können, wenn der Zweck der Hilfe eingerahmt erfüllt werden soll. Der politischen Forderung liegt aber die Auffassung zugrunde, daß die Verteilung in solcher Weise erfolgt. Viele Auffassung kann man mit dem von den Polen stärker häufig deklagten Mangel an Intelligenz in ihren Reihen entzweidigen. Wozu sollen nun aber die geforderten 3 Millionen RM. verwendet werden? Man hört, was die Polenbundspresse hierüber schreibt: „Unsere Organisationen wissen nicht, wo sie bleiben sollen; sie brauchen Wasser-

lungsräume, Häuser und eigene Heime. Im Stato muß ein Volkshaus entstehen, in dem sich das kulturelle und Bildungsleben unserer Minderheit konzentrieren würde. Zu diesem Zweck brauchen wir Geld, und dieses muß (1) uns die Regierung aus ihrem Haftsprogramm geben. Außerdem verlangen wir (2) staatliche Kredite für unsere Volksbanken und Polniks.“ Mit den Mitteln der Ostseite möchte die Polenprese offen ihre bestens ostdeutsch eingestellten Minderheitssorganisationen ausbauen! Das ist nicht mehr dummen, louden drast. Ein Beispiel: In Gillau hatte ein deutscher Bauer einen Kredit von der polnischen Bank beansprucht. Der Erfolg war die freudige Aufforderung, die Kinder in die polnische Schule zu senden. Da der Bauer dieses Ansehen obliebte, wurde ihm die Rückerstattung des Kredits angeordnet. Sein Verlust wäre also zur Substitution gekommen, da er andere Kredite nicht bekommen konnte. So war der deutsche Bauer genötigt, seine Kinder in die polnische Schule zu senden, was nur mit Zwangsmethoden möglich war, da die Kinder sogar sich weigerten, polnischen Unterricht zu nehmen. Will der Polenbund für die Zwecke solch insame Seelen-Kosten staatliche Gelder aus Mitteln der Ostseite?

Die Bank Endowy in Oppeln.

Da der Generalversammlung der polnischen Volksbank in Oppeln folgte Beschlüsse worden, von den Genossen die sofortige Zahlung von 200 RM. auf jeden Genossenschaftsanteil (500 RM.) zu fordern. Außerdem sollte die beauftragte beauftragte Anwendung für die Sparen, die vor der Inflation eingehoben hatten, erlaubt werden, gemacht werden; mit den frisernden Beträgen sollte dann die Bank Janiert werden. Die Räume des vom Vorstand bestimmten Verhandlungsortes, der Gottwirthsfest „Gospoda“, waren für die erschienenen Genossen — insgesamt umfaßt die Genossenschaft etwa 4000 Personen — bei weitem zu klein, so daß zahlreiche Verhandlungsbeteiligte keinen Platz fanden. Im Hof der Gottwirthsfest und auf der Straße kann es daher zu größeren Ansammlungen von Sparen, die ihrem Protest gegen Vorstand und Aufsichtsrat erzeigt Ausdruck geben. Der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand lösen daraufhin die Versammlung auf, ohne den Zeitpunkt einer neuen Generalversammlung bekanntzugeben. Da sich die Genossen damit nicht zufrieden geben, räumen schließlich die Polizei das Lokal und versteckt die Ansammlung auf der Straße.

Aus dem polnischen Völkergegnis.

Ein Fall unter vielen!

Im Vorste Plaszik im Korridor befand der 75 Jahre alte deutsche Reichsbürgersöhnchen Johann Siegulla ein häusliches Gründstück von 54 Morgen, das er mit seiner bald 70jährigen Frau und seinem 28jährigen Sohn bewirtschaftete. Der politische Gemeindevorsteher Groß und ein Pole Wawelki, die Nachbarn des Siegulla, sind bemüht, dem Deutschen das Felsen möglichst zu erschweren. Der Gemeindevorsteher belässt ihm mit erheblichen Abgaben und Arbeitsleistungen und befiehlt ihm auf das nichterträglichste. Eines Tages griffen die „getreuen Räuber“ zu drastischerem Mitteln: sie verdeckten in der Scheune des Deutschen einige Päckchen, schlecht gewordene Tabaks und Zigarren, und dann denunzierten sie ihn wegen Schmuggel und Spionage. Die Folge war eine von Zoll- und Polizeibeamten veranstaltete Haussuchung, bei der die Beamten aufjalden schnell das ihnen bekanntgegebene „Verbrecht“ mit dem Tabak fanden. Da dieser völlig unbrauchbar und deshalb unverkäuflich war, der alte Siegulla und sein Sohn über Richterstand hin, konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß der Tabak vorfall von ihnen auf den Komposthaufen getan worden wäre, wenn sie von ihm gewußt hätten. Da sie von ihm keine Ahnung hatten, war es kein Wunder, daß sie überprüft und verklagt waren und über seine Herkunft nichts aussagen vermochten. Außerdem aber fanden die Beamten auch alterte Kleider und sonstige Sachen, die dem ältesten Sohn des Siegulla, der in Berlin beruflich tätig ist, gehörten und von diesem ordnungsgemäß nach erfolgter Zollbelästigung in sein Baderzimmers gebracht und dort zurückgelassen worden waren, Sachen, an denen nichts zu verzweilen war. Aber unter ihnen befand sich ein abgelegter Schulpolizei-Uniformrock, und von diesem zu Auftragen bei der Goldarbeit bestimmten Stück behaupteten die Zollbeamten, daß es eine Hitleruniform sei. Zur Begründung der Anklage wegen Spionage genügte die Durchleucht der vorgelegten Briefe und Drucksachen „stilus“, „vegegen“ „heus“ „et vel“ „Gesetzsprang“, „Fuß-Zeitung“ „Welt“ — und daß der junge Siegulla Nationalsozialist sei, und der junge Mann wurde nach Soltau ins Gefängnis geschafft, in dem er drei Tage verbringen mußte, bis sein Vater durch Unterlegung einer Kautions seine Freilassung erwirkte. Dieser Vorfall kennzeichnet wieder einmal die Feindseligkeit der in Polen ansässigen Deutschen und die schikaniösen Methoden, mit denen die Abwanderung der Deutschen aus dem Korridoregebiet erzwungen werden soll.

Die Unterdrückung der deutschen Schule.

Nach der Schließung des Konkurrenzdeutschen Privatgymnasiums fehlte die deutsche Literatur in Königsberg, ähnlich wie Jenseits in Dirschau, beim polnischen Schulkarikaturisten den Antfrag, die deutsche „Privat-Volksschule“ errichten zu dürfen. Man hatte angeblich der Eröffnung des polnischen Gymnasiums in Beuthen große Hoffnung, daß die Polen die Errichtung einer privaten deutschen Volkschule nicht verworfen würden. Jetzt ergibt die Antwort des Karikaturisten ein, die ebenso wie Jenseits in Dirschau auch in Königsberg die Eröffnung eines deutschen privaten Volksschule untersagt.

Der Dirschauer Deutsche Schulverein wurde — wie Jenseits berichtet — am 1. September aus den Räumen des St.-Georgs-Hospitals auf Antrag des Magistrats Dirschau entmittelt. Der Schulverein hatte die Räume auf längere Zeit für das Deutsche Gymnasium in Dirschau gehabt, das von den Polen vor einem Jahre geschlossen wurde, weil die Räume angeblich für eine Schule nicht geeignet seien. Mit dieser Begründung ließ auch bisher die Weitereröffnung des Gymnasiums verzögert werden, während ein Neubau ebenfalls nicht gestattet wurde. Der Magistrat Dirschau verlegte in die angeblich nicht geeigneten Räume die Dirschauer Handelschule. Der Deutsche Schulverein erhob Einspruch, den er vom Gericht hoffentlich werden läßt. Der Magistrat muß die Räume wieder frei machen und die Kosten tragen.

Deutsche vor polnischen Gerichten.

Noch vierzigjähriger Protagonist hat die Strafkammer des Rostocker Bezirksgerichts den Oberdirektor der Oberschlesischen Sprungstoffwerke A.-G. („Osmag“) Dr. Ebeling mit 1½ Jahren Gefängnis verurteilt, von denen ein Drittel unter Amnestie fällt, so daß ein Jahr Gefängnis übrigbleibt; außerdem zu 5000 Złoty Geldstrafe, von der Dr. Ebeling jedoch befreit wird. Eine Stellung von 100 000 Złoty Kautions soll es aus der Haft entlassen werden. Der Angeklagte Osmag kann inzwischen zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen die Hälfte unter Amnestie fällt, der Direktor der Rostocker Zweigstelle der Deutschen Bank, Kalpar, erhielt 3 Monate Gefängnis. Sie durch die Amnestie auf 1½ Jahre verhindert sind. Aus der Urteilsverhandlung geht hervor, daß das Gericht sich bei der Beurteilung des Falles völlig an die Anklage gehalten hat, die den Angeklagten Betrug, betrügerische Banknoten, Konkursvergehen und Buchstiftungen vorwarf! Der Prozeß ist infiniert worden einerseits, um die ausländischen Industrieführer Ostoberösterreichs vor dem Ausland, vor allem in Hindukus auf den Fall „Pfeß“ zu diskreditieren und andererseits, um einige deutsche Industriedirektoren aus ihren Stellen verdrängen zu können. Ein Vorwurf dient der Konkurrenz der „Osmag“, der — wie die Verteidigung überzeugend nachzuweisen vermeinte — keine Folge betrügerischer Manipulationen, sondern eine Wirkung der unerwartet schweren

Wirtschaftskrise gewesen ist, der das in den Zeiten der Hochkonjunktur gegründete Werk gleich vielen anderen Betrieben nicht hat widerstehen können.

Nach einer Meldung der „Polnische Sachnowia“, des offiziösen Blattes des Wojewoden, soll der Redakteur Schrey, der als Redakteur der „Rostocker Zeitung“ eine Melbung aus einer deutschen Korrespondenten verdeckt aufgenommen hatte und deswegen zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden war, nach Deutschland geflüchtet sein. Schrey war vor einiger Zeit gegen eine hohe Kavution auf freies Fuß gesetzt worden. In der Melbung, derzeitigen die Verurteilung erfuhr, wurde die Meinung ausgesprochen, daß eine Rückgabe Danzigs an Deutschland die beste Lösung der deutsch-polnischen Schwierigkeiten sei. Der Unterliegungstrichter beim Bezirksgericht in Rostock hat dem Krakauer „Kurier“ folgend hinter Schrey einen Steckbrief erhalten. Schrey habe sich nach Danzig geflüchtet.

Französisch statt Deutsch.

In einem Bericht über das Volksschulwesen in der Woiwodschaft Pommerellen bespricht es der „Robotnik“, das Hauptorgan der sozialistischen Partei, als nationalistische Umnutzung, daß auf Anordnung des Schulbehörde in den höheren Klassen der Volksschulen nicht Deutsch, sondern Französisch als Fremdsprache gelehrt wird. Nach dem in Polen geltenden Bestimmungen müsse in den Volksschulen eine der drei Sprachen Deutsch, Französisch oder Englisch gelehrt werden. Die Wahl, die die Schulbehörden in Pommern getroffen hatten, sollte in diesem gemeinschaftsprägenden Gebiet auch für die polnischen Kinder eine schwere Benachteiligung dar. Widerholte sei es vorkommen, daß polnische Handwerkermäster die Aufnahme von polnischen Absolventen des Volksschules in ihrem Betrieb ablehnen, wenn „jetzt welt“ spricht auf „nietz schreibst du“ („nichts“), der deutschen Sprache unerlässlich sei. Nur in wenigen Ortschaften sei in letzter Zeit ausnahmsweise der Unterricht in deutscher Sprache in den Volksschulen eingeführt worden. Eine derartige Politik habe deutschen Eltern Veranlassung gegeben, ihre Kinder nicht den öffentlichen Volksschulen, sondern deutschen Privatschulen zuzuführen. Die Schulbehörden hätten dann nichts Besseres zu tun, als dieser natürlichen Züge ihrer Politik durch Entziehung von Konzessionen für deutsche Privatschulen zu begegnen. Das Ergebnis sei, daß zahlreiche Kinder überhaupt ohne Unterricht bleibten.

Die Verfolgung der Ukrainer.

Die Zahl der politischen Projekte gegen Angehörige der ukrainischen Minderheit liegt von Monat zu Monat, nach einer Aufstellung des ukrainischen Sejmabgeordneten Dr. Semjaski haben in den Jahren 1931/32 in Ostgalizien 77 Projekte gegen Ukrainer mit 584 Angeklagten stattgefunden. Dabei sind nicht eingeschlußt die zahlreichen Projekte gegen kommunistisch gefühlte Ukrainer. In den genannten Projekten wurden 253 Angeklagte zu insgesamt 506 Jahren Gefängnis verurteilt, drei zu lebenslänglichem Zuchthaus und sieben zum Tode. Außerdem haben 15 polnische Projekte gegen ukrainische Abgeordnete stattgefunden, in denen 15 Abgeordnete zu insgesamt 14 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Der ukrainische Kulturverband „Prosvita“, der allein in der Woiwodschaft Wolhynien 2000 Funktionäre umfaßt und 110 öffentliche Gebäude unterhält, ist vom Wojewoden damit begründet, daß sich die „Prosvita“ angeblich nicht kulturell, sondern rein politischen Arbeiten gewidmet habe, die ihrem Charakter nach „hoolsteinisch“ gewesen seien.

Unruhen in Lemberg.

In Lemberg geraten polnische Studenten mit Personen jüdischer Abstammung in einen Wortbeileid, der in einer Messerstecherei ausartete. Ein Student wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Zwei andere erlitten ernste Verletzungen. Erst durch diesen Vorfall, wollten nationalistische Studenten dann antisemitische Kundgebungen verhindern. Einige Juden wurden auf der Straße überfallen. Ein Jude wurde in Zusammenhang mit dem Vorfall an den polnischen Studenten verhaftet. Die Semesterenden mehrerer Wohnungen sowie die Auswärtigenleiter mehrerer Geschäfte wurden verhört. Bei den Klimaten wurden mehrere Personen verletzt. Ein großes Polizeiaufgebot trieb die Demonstranten zusammen. Die Demonstrationen legten sich an der Universität und an den anderen Hochschulen der Stadt fort, worauf die Hochschulen geschlossen wurden. Nach dem Brüderlich auf jüdische Geschäfte und Poloszenen gerichtet waren über 2000 Studenten und etwa 6000 Angehörige anderer Bevölkerungskreise teil. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen waren etwa 50 Personen festgenommen. Diese Verletzte mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Auch auf den Hochschulen in Warschau, Wilna und Krakau kam es zu blutigen Zusammenstößen.

Die Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden.

(Schluß aus Nr. 48. Text der Verordnung vom 11. November 1932.)

§ 11.

Die Gerichte erheben für das Verschuldeten Gebühren nach den Bestimmungen der Landesjustizverwaltung. Auch wenn der Antrag des Gläubigers ganz oder teilweise juristisch geworden ist, kann das Gericht die Kosten ganz oder teilweise dem Schuldner oder dem Grundstücks-eigentümer auferlegen, wenn dies aus besonderen Gründen der Fälligkeit entspricht.

§ 12.

auch ergänzende Vorschriften erlassen, soweit sie für erforderlich hält, um den Zweck dieser Verordnung zu erreichen.

(2) Sind an einer Kreditgemeinschaft hintereinander mehrere Kredits-Gesetz vom 21. Dezember 1927) können die Tilgungspläne ihrer Pfandbriefe und Schuldbriefverschreibungen sowohl ändern, wie es nötwendig ist, um die Tilgungspläne an die durch die Fälligkeit hinzugehörende Fälligkeit einer Hypothek oder Grundschuld anzupassen.

(2) Die Änderung eines Tilgungsplans bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde oder, wenn eine solche nicht bestimmt ist, der nach dem Hauptstift des Instituts zuständigen obersten Landesbehörde. Die Behörde kann Näheres über die Änderung des Tilgungsplanes bestimmen.

§ 13.

Zur Erhaltung der Wirklichkeit gegenüber dem öffentlichen Glauhen des Grundbuchs bedürfen die auf dieser Verordnung beruhenden Veränderungen der Fälligkeitsbedingungen nicht der Eintragung.

§ 14.

Diese Verordnung gilt nicht:

- a) für Aufwertungsforderungen, -hypotheken und -grundschulden;
- b) für bankmäßige Personalkredite, die durch Hypotheken ge-

Auswertungsfragen.

Keine Gleichstellung von Neubefrei mit Altbefrei.

Eine für Verdrängte, das Besitzer von Kriegsanleihen sind, wichtige Entscheidung hat kürzlich das Reichsgericht gefällt, das sich mit der Gültigkeit bzw. der Verjährungsfristigkeit des Altbele-Ablösungs-Gesetzes, insbesondere der darin enthaltenden Regelung des Neubefrei's, zu befassen hatte. Klägerin ist noch Beendigung des Krieges aus dem polnisch geworbenen Polen nach Berlin verloren. Sie hat 116 000 Papiermark Rechts- und Preußische Staatsanleihe aus dem Befrei und kann den polnischen Banken den Abtretungscheinweis nicht erlangen. Die Deutsche Prüfungsstelle für Altbele-Altbefrei und der Reichskommissar lehnten wegen des fehlenden formellen Nachweises die Behandlung der Altbelefrist als Altbele ab und gewährten der Klägerin nur die dem Neubefrei zufallenden Rechte. Die Klägerin erhielt Deutsche Ablösungsanleihe im Nominal von 3650 M. ohne Auslösungserlaubnis. Daraufhin klagte die Klägerin gegen das Deutsche Reich auf Verfolgung an. Auf Auslösungserlaubnis schien ein. Sie ist der Ansicht, daß das Altbele-Ablösungs-Gesetz im ganzen ungültig sei, insbesondere über die Bestimmungen über den Neubefrei, da diese eine unzulässige Entstehung darstellen, die nicht zum Wohle der Allgemeinheit (Artikel 153 Reichsverfassung) erfolgt sei. Die Klage ist von 13 ähnlichen Anträgen im Landgericht und Kammergericht zu Berlin und weiter auch vom Reichsgericht abgewiesen worden. Da der Begründung des Reichsgerichts steht es: „Selbst wenn die im Altbele-Ablösungs-Gesetz gestroffene Maßnahmen als Entzugsmaßnahmen angesehen würden, ließe sich doch gütlich durch einfaches Rechtsgebot verfügen. Doch feststehender Rechtsprüfung ist das Erfordernis des Artikels 153 Reichsverfassung genugt, wenn eine Entzugsmaßnahme dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen bestimmt ist.“ Ob dieser Zweck tatsächlich auch erreicht wird und unumstößlich, ist gleichgültig. Es genügt, wenn an sich der Zweck bei lachlicher Erwähnung des Gesetzgebers erreichbar erscheint.“ Das ist beim Altbele-Ablösungs-Gesetz der Fall. Es wird vom Kammergericht auf Grund der Entzugsung des Gesetzes und auf Grund verschiedenster Regierungserklärungen einwandfrei nachgewiesen, daß der Gesetzgeber die Abfälle hatte, die Rechtsintegrität des Reiches und der Länder wieder herzustellen. Das habe nur erreicht werden können, wenn die Höhe der Leistungen des Reiches und der anderen öffentlichen Verbände aus den Altbeleien im Gesetz endgültig festgesetzt war. Auch der Gleichheitsgrundsatz des Artikels 109 Reichsverfassung ist nicht verletzt, denn die Unterschiede im Jahre 1914 und 1918 und 1920/21 beruht nicht auf einer willkürlichen, sondern auf der nunmehrigen Erwägung einer Willkürfreiheit der ehemaligen Altbelebehörden, die die Altbele-Bücher mit soliderfügigem Geld erworben haben.“ Die „Berl. Börse“ bemerkt ja diesem Urteil in Nr. 553 zutreffend: „Richtig dem die Besitzer von Neubefreiante auf dem Rechtsweg ihre Ansprüche nicht haben durchsetzen können, ist es Saché des Reichs,

sicherlich, für Grundschulden, die der Rechner eines bankmäßigen Personalkredits auf einem ihm gehörenden Grundstück zugunsten des Kreditgebers besteht hat, sowie für Eigentümergrundschulden, die der Rechner eines bankmäßigen Personalkredits zu dessen Sicherung dem Kreditgeber abgetreten hat.“

c) auch ohne die beobachteten Verzerrungen zu h. für Forderungen aus Darlehen, die aus Gültigkeit oder sonst unter Umständen gegeben worden sind, aus denen zu entnehmen ist, daß die langfristige Kreditvergabe nicht beabsichtigt war, sowohl für Grundschulden, durch die selbe Forderungen gesichert werden;

d) für solche Forderungen und Grundschulden, die den Kündigungs-Schluß des § 4 Abs. 1 des ersten Abschnitts des Kapitels III des ersten Teils der Bierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 genügen;

e) für solche Forderungen und Grundschulden, deren Zinsen durch die Verordnung des Reichspräsidenten über die Zinselimitierung für den landwirtschaftlichen Realkredit vom 27. September 1932 herabgesetzt worden sind;

f) für Forderungen und Grundschulden, die einem Träger der Invalidenförderung zugeschen.

Richts- und allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen; sie kann

(1) Die Reichsregierung kann zur Durchführung dieser Verordnung

§ 15.

institute beteiligt und unterliegt nur die Forderung eines Kredit-institutes dem § 1, so kann die Reichsregierung allgemein oder für den einzelnen Fall anordnen, daß § 1 entsprechend auch für die aus der Kreditgemeinschaft sich ergebenden Forderungen der anderen Kredit-institute gilt.

§ 16.

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

nehmen eine Regelung zu treffen, die dem für den Kredit des Reichs schädlichen Zustand, daß eine mündel-fahrtete Reichsanleihe jahrlös und ohne Tilgung umläuft, ein Ende bereitet.“

Entschädigungswesen.

Urkundenaussonderung aus den Entschädigungsakten.

Die Zeit für die im unteren Bundeszentrale zu rücksenden Anträge auf Herausgabe von Urkunden aus den Entschädigungsakten wird hierdurch auf dreißig Tage verlängert. Wir bitten aber, solche Anträge, soweit es noch nicht geschah, ih. sofort einzureichen, möglichst bis Mittwoch, den 21. Dezember d. J. Da Anträge, die nicht bis zum 31. Dezember bei der Rechtsverwaltung für Rechtsangelegenheiten eingelassen sind, auf Berücksichtigung nicht mit Sicherheit rechnen können, die Bearbeitung der Anträge durch uns über vielleicht Rückfragen erforderlich macht, und da ferner nicht übersehen werden darf, daß die Weihnachtsfeiertage für die Bearbeitung ausreichen, liegt es im eigenen Interesse der Antragsteller, die Anträge schnellst möglich einzureichen. Vorab zu rücker dozu mit Straßbogen nebst Merkblatt mit Anweisung zur Ausfüllung der Fragebögen sind von unserer Bundeszentrale unentgeltlich zu haben. Zur Berechtigung bestimmt hier bekanntlich zunächst die Akten in denjenigen Schadensfällen, in denen der erkannte Grundbetrag 5000 RM. nicht übersteigt und die entweder durch Gewährung einer Schlafenszeitabfügung oder durch rechtskräftig gewordene Ablehnung als erledigt gelten.

Infolge unserer Notiz in Nr. 47 des „Ostland“ sind in den letzten Tagen eine sehr große Anzahl von Anträgen eingegangen. Wir bitten daher nochmals alle unsere Leser, Verwandte und Bekannte, die als Verdrängte für die Urkunden-Aussonderung aus dem Entschädigungsakten in Betracht kommen, auf die Möglichkeit der Jurisdiktionserlangung ihrer Urkunden hinzuweisen, damit sie den Zeitpunkt nicht verpassen.

Wünschlich wird erlangen, daß die gesamten Entschädigungsakten an den betreffenden Antragstellers von der Rechtsverwaltung für Rechtsangelegenheiten herausgegeben werden sollen. Wir batzen daher, daß jeder Antrag, sonn. aussichtslos ist. Die Rechtsverwaltung für Rechtsangelegenheiten steht auf dem Standpunkt, daß die Akten eigentlich der Verhöld. sind und auf keinen Fall an die Antragsteller herausgegeben werden müssen. Es ist vielmehr, um das nochmals genau zu formulieren, nur die Aussonderung und Zurückgabe der in den Entschädigungsakten enthaltenen Urkunden zu gewähren, wobei für die örtlichwirksame Gefördigten und die aus Roddebergwies vertretenen die Bundeszentrale des Deutschen Oberbunds mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums die Vermittlung übernommen hat. Auf Grund dieser Auflösung werden die Anträge, nicht nur die Urkunden, sondern die gesamten Entschädigungsakten im einzelnen Falle herausgegeben, als erledigt angesehen, so daß die Bundeszentrale die aus Herausgabe der Entschädigungsakten gestellten Anträge nicht

einzel mehr direkt beantwortet, sondern sich auch in diesen Sätzen auf die Mitwirkung zur Herausgabe der Urkunden aus den Entschädigungsakten beschränkt.

Über die Tätigkeit der Polenschädenabteilung

für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1932 läßt uns auf unsere
Bitte die Reichsverwaltung für Reichsaufgaben folgende statistische
Übersicht zugeben:

A. Stand am 1. April 1932:

I. An Schiedsgerichtsgerichten waren vorhanden	5988
Von diesen waren erledigt:	
a) durch Vergleich	4578
b) anderweitig (insbesondere durch Ablehnung, Ablauf der Pachtzeit usw.)	493 5071

H. Forman (2000, 2001) © Blackwell Publishers Ltd.

ii. Sernet lagten am 1. April 1932 vor:	Aus Neuamniedungen herriickende Sachen einschließlich schwiebender Liquidationen	5482
	dazu nicht durchgeföhrte Liquidationen	59
	Daraus waren am 1. April 1932 erledigt	5541

B Stand am 1. Oktober 1932:

Ablauf der Pachtzeit usw.) 661 561

第十一章 算法

Von diesen 382 Fällen waren am 30. September 1932 im
gesamten Lande 89 verhältnismässig gesetzlich abgeschriften.

122 Jällen bereits Vergleichsangebote abgeschaut, die von den Geschäftsbürgern aber noch nicht angenommen waren. In etwa 40 weiteren Jällen handelt es sich um Überzahlungen. Etwa 50 Sachsen schwebten im Spruchverfahren. Die restlichen Jällen befanden sich in Bearbeitung.

II. Serner lagen am 1. Oktober 1932

Das Neuanmeldungen herübrende Sachen ein- schließlich schwedender Liquidationen	5517
dazu nicht durchgeföhrte Liquidationen	59
Davon waren am 1. Oktober 1932 für die Ab- setzung Polko erledigt	5341
(Vorunter 761 durch Abgabe an die zuständigen	

Behörden oder Abteilungen.)

Bom diesen 235 Sälen schwieben am 30. September 1955 etwa 44 im Spruchverfahren. Alle übrigen Sämen befanden sich in Bearbeitung.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß bei der Polenschäden-Utbteilung bis zum 1. Oktober 1932 11 569 Schadensachen abhängig waren, davon waren zu diesem Zeitpunkt 617 noch unerledigt, jedoch sämtlich bearbeitet.

Nach der Auflösung der Abwicklungsstelle des PolenSchäden-Kommissars sind im

Emigranteisteuer-Einschädigungsbatchen
bis zum 30. September d. J. 1635 Vergleichsangebote abgesandt und
634 Vergleichsvorschläge angenommen worden.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Klein-Hypothesen für Eigenheim-Bau.

Die Reichsregierung hat zur Förderung des Eigenheim-Baus beschlossen, in die Haushalte der Rechnungsjahre 1933 und 1934 20 Millionen Reichsmark zur Vergabe von staatlichen Kleinhypotheken einzulegen. Die Länder Preußen, Sachsen und Bayern haben darauf hingewiesen werden, daß besonders in ihren Gebieten die Förderung des Baues vom Staat zu betreiben ist. Wie der Amtliche Preußische Dienstbrief mitteilt, sind die für die Bewilligung von Kleinbauabfällen für Eigenheim notwendigen preußischen Ausführungsbestimmungen jetzt erlangt. Danach sind die entsprechenden Anträge an die für den Ort des Bauvorhabens zuständigen Landräte oder Gemeindeverwaltung (Bürgermeister, Oberbürgermeister) zu richten, denen bisher die selbständige Verwaltung der für das Wohnungsbaus bestimmten Haushaltsumsatzmittel oblag. Die Bewilligung der Vorhaben selbst erfolgt durch die zuständigen Regierungspräsidenten.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.
Trauungsbund des Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Adventfeier am Sonntag, 4. Dezember 1932, nachmittags 4 Uhr, im Kuppelsaal des „Utop“, Am Lehrter Bahnhof. Eintritt frei! Weihnachts-

Ortsgruppe Altenbergen. Monatsversammlung am 5. Dezember

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Der **Generalversammlung des Landesverbands Berlin-Brandenburg** bat am Freitag, 16. November, eine **Eröffnungsrede** vorzuhantieren. Diese begann mit einer Weihenlimmde, in einem Hofsaal der Universität. Vorstande das Corps non Hanse verklagten war, hielt die 1. **Vorlesung**, Frau **Strauß-Laukisch**, die Begrüßungsansprache, in welcher besonders zum Ausdruck kam, daß diese Weihenlimmde den Gedanken der gefallenen Brüder und der toten Granitmärkern giebt, deren **Kultstätten** jetzt **an die politischen Grenzen** liegen und deren **Hügel** an **Kreisfunktionen** von keiner **Brandenburg** mehr gesäumt werden können. Die **Musik** spielte „**Ich hab' einen Komrade**“, ein aus den **3-Jahres-Gruppen** zusammengestellter Sprechchor gab ein **Tres-Gebeit**, die kleine **Renate Laukisch** trug **Das Heidegebet** vor, worauf der gemeinsame **Hesang**: „**Die bote an die Macht der Vieh**“ erklang. Rannhiet hielt die **Verbandsvorsitzende**, Herr **Baeter**, die **Gedenkrede**, in der er **der Toten** gedachte und des **Staates**, für das sie gefunden sind. **Die Rebe** kleidet aus, in das **Deutschland**. Dann begaben sich die **Teilnehmer** unter **Borontritt** von **Dimpfel** sämpler **Jugendgruppen** geschlossen zum **Thronsaal**, von woher ein in den **ostmarkischen** **Forsten** geholter **Anton** mit **Schleife** niedergelegt wurde. Es war eine außerordentlich würdige Zeremonie, welche höchsten **Eindrücke** bei allen **Beteiligten** hinterlassen hat. Sie zeigt, daß **deutsche Frauen** es wohl verleben, **Brücken** über **Grenzen** und **Seen** zu bauen, die aus dem **geistigen Wert** unheimlich **Bewußtsein** entstehen.

Ortsgruppe Berlin-Süd. Die lebte Monatsversammlung, die am 14. November stattfand, eröffnete der 1. Vorstande, Herr Blume, mit einem Gedicht aus dem neuen östmarkischen Heimatkalender und rief darauf hin, daß dieser Kalender in jede östmarkische Familie gehre. Herr Blume sprach Herrn Stein in anschließendes seines 65. Geburtstage das besten Wünsche im Namen der Versammlung aus. Nach Bekanntgabe der neuen Eingänge in den Rahmen der Versammlung des Frauenkörpers, Frau Rektor Serrau, zu dem am 4. Dezember im Utopia stattfindenden Adventfeier des Frauenkörpers herzlich ein. Dann sprach Herr Wittich in über das Thema: „Die Entwicklung der Menschheit in Weltgeschicht und artischem Mythus.“ Der Vortrag, der jetzt ganz ausgezeichnet war, wurde mit großem Interesse verfolgt. Zum Schluß verlas Herr Blume einen Brief der 1. Vorständen des Frauenkörpers, Frau von Lang, die darin bat, unsere Jugend, die bei dem Arbeitsdienst in Groß-Saftow ist, mit warmen Sachen zu versorgen. Die nächste Monatsversammlung findet am Montag, dem 19. Dezember, verbunden mit einer bescheidenen Weihnachtsfeier statt.

Der Verein ehem. Tilsimer und Schönter in Berlin feierte am 5. November im „Weltbauhaus“, Berlin, Anhalter Str. 12, sein zehnjähriges Stiftungsfest, das trotz des Verkehrsstraßens Einsatzes über zwei Tage großen Besuch von Freunden und Söhnen des Vereins aufwies. Nach einem Abschlussgottesdienst und Sonnensatz des Vereins eröffnete Koch einen Bläschätzchen des Weltjugendkörpers „Jugend und Kultur“ in liebenswürdigster Weise, der Vertrag gefestigt hatte, sprach Dr. Rodeck in sehr eindrücklichem Sinne ein Prolog. Dar auf hielt der 1. Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Tilsimer, die Begrüßungsansprache und konnte nur allgemeinen Freude den Bundespräsidenten Herrn Scheimert Schmidt, dem Bundesverbandsvorstand, Herrn Kontraktor Bader, und vom Frauendienst Frau Böhmer begrüßen. Herr Bundespräsident Schmidt überbrachte Grüße und Glückwunsche des Bundespräsidenten. Herr Bader hieß eine ausgewiesene Zeitrederei, in welcher er nachwies, wie die vorherige Olmahr immer für deutsches Recht eingetreten ist und daß dies jetzt auch der Deutsche Oftbund tun, was das verlorene Land wiederherzustellen. Der Berufungsangstil der Polten lehrte aber weiter, wofür Herr Bader viele Beispiele aufführte. Deshalb sei es Pflicht jedes Deutschen, besonders jedes Olmärkers und der Ortsgruppen, nach zu sein, die jüngsten aufrüttelnden und die Jugend herzuweisen. Der Osten muß besiegt werden, der Deutsche Oftbund ziege praktisch, wie man heutet weiß, dafür fort, daß der Osten stark wird. Herr Bader stellte mit Freuden fest, daß die seitgehende Gruppe ihre Pflicht tun und das Bundespräsidium und den Bundesverband nach Kräften unterstützen, wofür er ihr Dank sagte. Jugend- und Frauendienst sind im Oftbund nicht zu entbehren. Herr Bundespräsident Schmidt überreichte dem bisherigen Vorstandenen, Landtagsabgeordneten Tilsimer, die silberne Ehrenmedaille des D.O.B. Herr Bader zeichnete die Landtagsleute Tilsimer, Werner, Holz und Willyau für langjährige treue Mitgliedschaft durch Überreichung der Ehrenmedaille aus. Zum Abschluß der offiziellen Verhandlungen brachten noch Tel. Rogat und Tel. Ebert ihr Jahr wirkungsreich Reaktionen zu Gehör, die reichen Beifall ernteten. Mitglieder und Gäste blieben bei fröhlicher Stimmung und Tanz noch recht lange besammeln.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Cottbus. In der außerordentlich gut besuchten Novemberversammlung gedachte Herr Schulrat Süberl des verstorbenen Dichters Schröckendorf, dessen Tod für das ostdeutsche Schrifttum einen ungemeinen Verlust bedeutete. Nach der Aufnahme neuer Mitglieder wurde die Versammlung durch Landtagsabgeordneter Kuzjba auf den Kunststaat von der vor der Stadt Cottbus geplanten Winterhilfe geebnet und die Mithilfe an diesem gemeinschaftlichen Werke von der Versammlung beschlossen. Ein Vortrag über die Lebens- und Wirtschaftsschwierigkeiten der Deutschen in Polen zeigte von den schweren Kämpfen unserer deutschen Volksgenossen um die Erhaltung ihrer Existenzmöglichkeit. Führer der Versammlung war der Kreisvorsitzende Weimann, und Süberl.

waren, Beschränkung der Brauereien in ihrer Produktionsmöglichkeit, Maßnahmen, die aber nur auf die noch in deutscher Hand befindlichen Betriebe Anwendung finden; folt vollständige Abdrosselung der Verbindung mit den in Deutschland wohnenden Angehörigen, einerseits durch Versicherung der Ausreise, andererseits durch die Überasen hohen und für manchen überhaupt nicht erschwinglichen Ausreisegebühren im Höhe von 400 Goldtaler (200 M.), um hierdurch jede Verbindung mit dem Mutterlande unmöglich zu machen. Steigende Zinsschre des Aufzobabotan. Dem Bericht des Geschäftsführers über die führtner Landesverbandsstagung konnte entnommen werden, daß der Deutsche Ostbund in immer größerem Maße Einfluss auf die Gestaltung der Geschichte im Osten und in den Grenzgebieten gewinnen müs. Die Versammlung wurde in würdigster Weise durch Darleistungen des eigenen gemischten Chors unter Leitung des Landsmannes Lehrer Pohl umrahmt.

Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Liegnitz hielt am 8. November in der Braukommune ihre Monatsversammlung ab, die gut besucht war. In Verbindung der 1. Vorlesenden begrüßte der 2. Vorsitzende, Herr Mäge, die erfreulichen Mitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt Herr Studentar Dr. Roth einen Ehrtibildvortrag über „Ostpreußische Landeshof.“ Die Mitglieder folgten dem hochinteressanten Vortrag mit großem Interesse und spendeten reichen Beifall. Herr Mäge dankte im Namen der Zusammen den Vorfragenden für die fesselnden Ausführungen und gab sodann die Aufnahme von drei neuen Mitgliedern bekannt, ferne die vom Bund eingegangenen Rundschreiben 8 und 9 sowie den Stand der Schuldbuchforderungen und mehrere eingegangene Einladungen von Vereinen. — Die Weinachtsfeier der Ortsgruppe findet am 22. Dezember 1932, 7 Uhr abends, in der Braukommune statt, zu der Kinder im Alter bis zu 12 Jahren alsbald angemeldet sind.

Landesverband Schlesien.

Ortsgruppe Obersiegen. In der am 3. November abgehaltenen Mitgliederversammlung im Hotel „Bellvue“ berichtete der 1. Vorsitzende, Kaufmann Polster, über die Vernichtung von Entziehungsszenen. Abschließend wurden 13 Mitglieder für die jährliche Treue zur Ortsgruppe durch Überreichung der Ehrenmedaille mit der Jahreszahl „10“ geehrt. Es sind dies folgende Herren: Matthesius, Voitler, Oberstabschaffner Wenzel, Wende, Rektor Okomy, Dr. Streppe, Ul. Jan, Koch, Langner sowie Beldorn in Kunzendorf, Biele und Wiedermann in Groß-Zippe. Weiter wurden der ostpreußischen langjährigen Ehrenvorsteherin, Herrn Polster Buchholz, und Vorliegender Polster seitens des Landesverbandes Schlesien für ihre langjährige treue Mitarbeit mit einer künftigst ausgeschütteten Ehrenurkunde ausgezeichnet, wobei dieser das Wunsche weiterer Ausdruck gab, bis das Ziel des Ostbundes, die Wiedererrichtung der geräubten Heimat, erreicht sein wird. Die Erhabung und Stärkung des Deutschen beiderseits der Grenze ist für den Deutschen Ostbund ebenso wertländische Pflicht wie die Wahrnehmung der besonderen Interessen der aus ihrer ostmarkischen Heimat Verdrängten. Jeder, der diesen Zielen dienen will, sei dem Deutschen Ostbund willkommen.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Ortsgruppe Dresden. In der im „Italienischen Völkchen“ veranstalteten Monatsversammlung der Ortsgruppe Dresden gab der 1. Vorsitzende, Herr Oberstaatsrat i. R. Strzyke, einen Überblick über die Ostpolitik. Er betonte die außerordentlichen Gefahren der Forderung Herrorts an Deutschland, die ja ein Jahrzehnt d. Status quo anerkennen, als Bedingung für die Anerkennung der deutschen Forderung nach Sudetenselbstbestimmung. Zehn Jahre besteht auf die Revision unseres Ostens, darf gleich sein einem Ostkriegs. — Im zweiten Teil des Abends sprach dann Herr Oberstaatsrat Strzyke über seine Kaszubische und Erlebnisse aus dem bayerischen Alpen. Ausgedehnt von der Soheit nach Saliens, die gerade durch das Münchner Oktoberfest führte, gab der Redner interessante Rückblicke aus der Geschichte der Umgebung Saliens und schloß er die Soheit durch die Oberbayerische Hochebene.erner gab der Redner eine fesselnde Darstellung der letzten Tage Ludwigs V. von Bayern, die die letzte Zeit seines Lebens in der westlichen Umgebung Saliens brachte. Die Entstehungsgeschichte Saliens, als einer Siedlung englischer Mönche, schloß den theoretischen Teil. Reicher Beifall lohnte den lehrreichen Vortrag, der durch Bildtafeln verdeutlicht wurde.

Landesverband Hessen-Nassau-Süddeutschland.

Die Ortsgruppe Kassel feierte am 9. November ihr 12. Gründungsjahr, das ebenso wie das ostmarkische Militärkonzert vom 19. Oktober wieder ein voller Erfolg war. Nach einem Vorbruch (Willi Erszinger) klang der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Pfarrer Pöhl, eine stotternde Teilehreverscholl von Mitgliedern, Freunden und Gästen begrüßten, unter den Ehrengästen insbesondere den Herrn Oberpräsidenten des Hessischen-Kasseler, Dr. von Häßlein und die Herren Oberbürgermeister Dr. Städler, Kirchenrat Gerlich vom Landeskirchenamt und Berichtsdirектор Dr. Rehborn. Er übermittelte die Grüße und Wünsche des Berliner Buddestellings, des Landesverbands und der betriebsnahen Vereine und Verbände, die er ebenfalls herzlich willkommen hieß. Besondere Beachtung fanden auch die Grüße der am Eröffnungsveranstaltung vertretenen Exzellenz Dr. Inf. von Hülfen und Geh. Konfisariatrat Dr. Erszegi (früher Dir. Pfarrer in Posen), sowie des Ehrenmitglieds, Beyerpräsident

Bolkart (sie in Sommerwoche bei Tauer in Schlesien) und endlich der telegraphische Glückwunsch der jüngsten Ortsgruppe des Landesverbandes, Norburg an der Lahn. An seiner Begrüßungsansprache wies Pfarrer Pöhl auf den 9. November hin, als auf den Tag, der die eigentliche Urkunde zum Verlust des deutschen Orients genommen ist. Als Deutschland und das deutsche Volk in sich unsinn wurde, zerlor es die deutlichen Ostprovinzen. Es wird sie nicht wiederholen, so lange der Geist des 9. November noch in deutschen Herzen die Oberhand hat. Es erhielten die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe, Stadtkonsistorialrat Eickel, die Ehrenurkunde des Landesverbandes die Vorstandsmitglieder, Regierungspräsident Schröder und Stadtkonsistorialrat Hett; unter Überreichung einer Ehrenurkunde ernannte die Ortsgruppe die Veilicrin des Frauendienstes, Frau Birth, zu ihrem Ehrenmitglied. Weiter wurde 12 Mitglieder der Ortsgruppe für jährige Mitgliedschaft die Ehrenmedaille nach Süßheim verliehen. Es sind dies die Damen: Bartsch, Boldt, Bühl, Böhmer, Meißner, Oheim und Konzertkönigin Stegmann, sowie die Herren: Janus, Behling, Wandt, Eichstädt, Hollmann und Ebert. Endlich überreichte der Ehrenvorsteher Pfarrer Ney, an dem 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Pfarrer Pöhl, die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes. Mit dem gemeinsam gelungenen „Ostmarkischen Werberuf“ fand der 1. Teil der Feier seinen Abschluß. Nach einer Pause brachte dann zunächst das Vorberichtsabteilung, Ob.-Reg.-Rat von der Gruen, am Sitzung von Frau Stegmann freiläufig begleitet, den Volkskommissar M. T. C. E. A. B. mit dem beledeter Form von Vorbruch. Friedel Töllmer erdegte vom Dresdener, gebt mir einen Friede, jeder habe Sonnenkugel, indem er durch die leise fröhliche Weise“ zur Sichtung von Pfarrer Zeidler wirkungsvoll überzeugte. Die Sichtung selbst stand unter dem Thema: „Deutschher Osten, deutsch Zukunft“. Wie immer verstand es Pfarrer Zeidler durch seine Begrifflichkeit, die Hörer vollkommen in seinem Raum zu ziehen. Die Ostmark und die Ostmarken, von deutscher Art besonders geschätzt, brachen nicht zusammen, weil sie den Glauben hätten, der aufrichterhalte und stark mache. Sie glaubten an das Licht aus dem Osten, obwohl schwärze Nacht es verfinsterte. Sie glauben weiter auch an den Sieg der ostmarkischen Sache, wenngleich Deutschilands Waffen vergraben seien. Und sie glaubten an den Tag der Trüte dessen, was die Hörer eine gefüllt hätten. Ihr Glaube fügte und gründete sich auf die Macht aus der Erde. Daraus schöpften sie die Kraft zum Kampf um die gefahrdete und verlorene Ostmark, deren Tag der Bestätigung kommen mußte. Seien die Waffen auch zerbrochen und stumpf geworden, die Flamme der Liebe aus dem Glauben leide um so heller, und die erkrankte Hand werde durch das Blut des deutschen Herzens und durch die Kraft des deutschen Seins wieder stark werden. Weil wir glauben, heißen wir auch hoffen, und unter Glaube sei der Anfang und das Ende einer besseren Zukunft. Die Sichtung erzielte sehr forken Vorbruch. — Friedel Töllmer sang dann noch in seiner Einführung in die andachtsvolle Stimmung der Verfilmung das mundernde „Gebet“ von Dr. Franz Rückert. Auch ließ er erneut seine Beifall, daß sie sich zu einer Jagd verbringen möchte. Den Abschluß des offiziellen Teils bildete ein kurzer Schlusswort des 1. Vorsitzenden, in dem er zur Treue durch die Art aufrief. Ein Hoch auf das Vaterland und das Deutschland! beendete die Feier. Ein Gänsehautkönigshaus hielt dann die Teilnehmer noch einige Stunden in Erzählung begeistert. Das Fest ist vorüber, sein Segen aber wird weiter wirken. Mehrere Einnehmer machten sich zu Neuauftakthe im Ostbund an.

Landesverband für beide Mecklenburg.

Die Ortsgruppe Rostock hielt am 23. Oktober in ihrem Vereinsklokal Mohr & Ohlerichs Keller ihre Biertafelversammlung ab, die auch von Mitgliedern von außerhalb gut besucht war. Es wurden zunächst Ostschlagfragen besprochen und zum Vergleich des „Ostdeutschen Heimkalenders“, der auch in Tischkalenderreihen ragen Absch verdient, aufgerufen. Sodann gedachte Herr Paul Bremer des 11. Gründungstages der Ortsgruppe, indem er an die schweren juristischen Jahre erinnerte und zum treuen Zusammensein in den gemeinsamen Jahren von den Osten aufrief. Mit einem Hoch auf den Deutschen Ostbund schloß der Redner seine Ausführungen. Dem Mitglied Richard Albrecht, Brunsbüttel, überreichte der Redner die Ehrenmedaille für jährige Mitgliedschaft. Zum Abschluß ergriff nochmals der Vorsitzende das Wort, um den alten alten mehrtätigen Mitgliedern Herren Leebow, Bremer, Schmidt und Wüstefeld für ihre aufopfernde Tätigkeit sowohl für den Ostbund und insbesondere für die heile Ortsgruppe den Dank auszusprechen. Hieran knüpfte er die Bitte, der Jugend mehr denn je unseren Wohlauspruch einzuprägen: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren gehen.“ Nach Schluss der Versammlung blieben die Mitglieder noch gemeinsam beschäftigt.

Die Ortsgruppe Waren hielt am 22. Oktober eine Monatsversammlung ab, an der der Kulturführer des Ostbund-Landesverbandes für beide Mecklenburg, Herr Schratz Otto Röhrl Pinnel, teilnahm. Er hielt einen sehr interessanten Vortrag über die Bedeutung der Ostfragen. Nachdem er einleitend über seine Tätigkeits beim Verwaltungsrat des Generalgouvernements v. Borsig in Wartheland während des Weltkrieges, insbesondere über seinen damals von ihm geleiteten Aufbau des Schulwesens in Kongresspolen (das bekanntlich keine allgemeine Schulpflicht kannte) berichtet hatte, ging er insbesondere auf

die Frage der Ostfiedlung, ihre Geschichte und ihre Bedeutung über und gab dann in gebieger Kürze ein Bild von der Bedeutung der Ostfragen überhaupt. Der Vortrag wurde mit großem Interesse und lebhaften Beifall aufgenommen. Die Vorlesungen der Ortsgruppe, Frau Schmidkötter, Marie Wegerer (früher Posen), gab dann einen Überblick über die Befreiungen nach Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes und legte den Eltern nahe, dafür zu sorgen, daß während des Winters Söhne und Töchter sich nach Möglichkeit im freiwilligen Arbeitsdienst betätigen, insbesondere die erwachsenen Kinder der Siedler, die sich zu diesem Zweck in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe in Waren, Villenstraße 12, melden können. Mitgeteilt wurde, daß Herr Fritz Wittkopf, Siedlerherr (früher Kornfeld, Kreis Mogilno), Siedlungsbevölkerer, die die nötige Anholung leisten kann, nomens der Ortsgruppe berät, während ein anderes Mitglied, Herr Gustav Stempel, der früher in Witten (Westfalen) arbeitete, Vertrauensmann der Ortsgruppe für die Rück-

siedlung ostmärkischer Arbeiter aus dem Ruhrgebiet nach Meklenburg ist. Es soll auf diese Weise vor allem praktische Arbeit für die ostmärkische Jugend und für Siedlungsarbeiter geleistet werden.

Bor der Greifswalder Hochschulwoche.

Im Rahmen der osthannischen Hochschulwoche der Universität Greifswald sprachen kirchlich Dr. Schack von der Volkschule in Jabelken (Kr. Ortelsburg) und der Generaldirektor des Osthannischen Heimatstiftung Adolfinus über „Ostpreußische Bevölkerungs- und Siedlungsfragen“. Herr Gehrmann Schmid - Berlin, der im Auftrag an einen Beamten im Arbeitslager des Deutschen Reiches in Groß-Schönau an dieser Veranstaltung teilnahm, wurde bei dieser Gelegenheit als Präsident des Oftbundes von dem für die osthannische Ausklärung äußerst tätigen Rektor der Universität Magnisien, Prof. Weißner, herzlich begrüßt.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Oberpräsident von Bülow tritt in den Ruhestand.

Der Oberpräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, die er organisiert und um die er sich große Verdienste erworben hat, tritt am 1. April 1933 wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Er wird auf seinen Wunsch berufen vorher einen Urlaub antreten und von diesem in sein Amt nicht mehr zurückkehren. Er beobachtigt, nach dem Kreis Kreuzburg (O.-S.) auf ein seiner Frau gehöriges Gut übergesiedelt. Herr von Bülow war bekanntlich vor dem Umsturz im Osten Regierungspräsident in Zemberg, wurde nachher zum Überlebenskommisar und zunächst zum Regierungspräsidenten des vom Bromberger Bezirk bei Deutschland verbliebenen Kaschubietes in Schneidemühl ernannt. Als 1922 aus den verbliebenen Kaschubien der Provinz Posen und Westpreußen die Provinz Grenzmark gebildet wurde, wurde er deren Oberpräsident und hat sich für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau der Provinz torfrichtig und erfolgreich eingesetzt. Die Stadt Schneidemühl hat beßlosen, Herrn von Bülow, der schon früher zum Ehrenbürger der Stadt Meseritz ernannt worden ist, zum Ehrenbürger von Schneidemühl zu ernennen. Zu Ehren der Frau von Bülow wurde das kürzlich in Linden (Kr. Schlochau) zum Provinzialverband der Bautzenländischen Frauengemeinde der Grenzmark Posen-Westpreußen geschaffene Wohnstättens „Stephanie von Bülow-Haus“ genannt.

Die jüngst kommissarische Verwaltung des Oberpräsidiums in Schneidemühl wird voraussichtlich dem Landrat Haus von Altheim in Meseritz übertragen. Herr von Meibom, der im 34. Lebensjahr gestorben ist, seit 1906 ununterbrochen im Osten tätig gewesen, zunächst als Regierungsschreiber beim Landratsamt in Guben, dann bei der Regierung in Breslau und von 1908 bis 1914 bei der Anfangskommission in Posen. Seitdem steht er an der Spitze des Kreises Meseritz.

Hofstellenpräsident Dr. Graun 60 Jahre.

Dr. jur. und Dr.-Ing. e. h. Bernhard Gründl, seit einem Jahr Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsrates, vollendete am 26. November sein 60. Lebensjahr. Dr. Gründl, Mitinhaber der im Osten sehr bekannten Drogen- und Chemikalien-Großhandlung Berndorf Josef Gründl, ist seit vier Jahren Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau. In den letzten Jahren trat er verschiedentlich mit dem Bonnischen hervor, zur deutsch-polnischen Handelsbeziehungen zu verbessern. Mit auf seine Initiative ist die Gründung einer Deutsch-polnischen Handelskammer in Breslau zurückzuführen, deren Präsident er ebenfalls ist.

25jähriges Jubiläum des Professors Lucian Scherman.

Der Ethnologe, Professor Lucian Scherman (ein geborener Polener, Abiturient des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums von 1882), Leiter des Volkerkundemuseums in München, feierte kürzlich sein 25jähriges Jubiläum im Dienste dieses Instituts. Das Münchner Volkerkundemuseum ist das älteste seiner Art in Deutschland. Es wurde 1907 der Leitung Schermans unterstellt und zeichnet sich durch klare Herausarbeitung des Entwicklungsganges der einzelnen außereuropäischen Kulturen aus. Die „Völkliche Zeitung“ rühmt Sch. in einem Jubiläumsartikel nam, daß er stets gleichermaßen Willenshoft und Volksbildung zu dienen verstanden habe. Bei der Jubiläumsfeier wurde der verdienstvolle Gelehrte von zahlreichen Vertretern der Wissenschaft, des Staates und der Stadt, darunter auch vom bayerischen Kultusminister Dr. Goldenberg, in warmer Weise geehrt. Sein Altmärkter, Dr. H. U. Doering, schilderte dabei in einem Vortrag die Ergebnisse seiner erst kürzlich beendeten Forschungsreise nach dem südlichen Peru; die ganze Ausdehnung der Ausgrabungen kommt in den Beifall des Münchener Volkerkundemuseums.

Ein Ostmärker Sieger im Marsch-Komponisten-Wettbewerb.

Beim Dresdener Märchen-Komponisten-Wettbewerb „Die Reichswehr marschiert“, bei dem 180 neue deutsche Märchen eingegangen und 20 zur jugendlichen Wohl gefordert worden waren, die am 28. November im Elou in Berlin vom verstärkten Musikkorps des III. Batt. 9. Pr.

Inf.-Rgt. Spandau unter Leitung des Obermusikmeisters Adolf Weidner (früher Leiter der Kapelle des 47. Inf.-Rgt. in Posen) vorgegetragen wurden, erhielt den 1. Preis der Komponist Oberschreiter Walter Linck aus Frankfurt a. O. für seinen Marsch „Ewig vereint“. Ihm wurde der Silberpokal des Reichswehrministers von Schleicher überreicht.

Kommierjerat Dr. h. c. Romnick 75 Jahre.

Am 27. Februar beging Kommierjerat Dr. h. c. Franz Romnick (Elbing, jetzige 75. Geburtstag, Kommierjerat Romnick) die einer der Industrieführer des deutschen Ostens, der seine Unternehmungen in kleinen Anfängen heraus zu großer Bedeutung mit Weitern gebracht hat. 1924 wurde er Dr.-Ing. h. c. der Technischen Hochschule Danzig. Siebzehn Jahre war er Präsident der Elbinger Industrie- und Handelskammer und Stadtverordneter. Romnick wurde in Elbingen geboren und war hier auf die Wanderschaft nach neun Jahren kehrte er in die Heimat zurück und machte in Reutte eine Maschinenschlosserei auf. 1888 konstruierte er hier die erste leistungsfähige Kleinstpflugmaschine. Nach Elbingen kam er im Jahre 1888. In drei Jahren wurde hier eine eigene Werkstatt gebaut, die Maschinenfabrik wurde 1899 und Automobilfabrik Romnick wurde weltberühmt. Nach 1929 wurden 2000 Arbeiter beschäftigt. Dann fiel das Werk der Wirtschaftskrise zum Opfer. Aber auch diese Zerrümmerung seines Werkeswesens hat dem 75jährigen den Mut nicht rauben können und mit nicht erlahmender Schaffenskraft ist er auch heute noch unermüdlich tätig.

Ehrennungen. Die mit der Wahlnebung der Gesellschaft des preußischen Staatsministeriums beauftragten Beiratkommissionen haben beschlossen, den Ministerialrat Dr. Kurt Schönes zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O., Hahnke, zum Regierungsschreiber des Provinz Brandenburg, von Hahnke, zum Regierungsschreiber der Provinz Brandenburg, von Hahnke, zum Regierungsschreiber in Lügau zu ernennen. Beide waren Ihnen bisher mit der vertretungswürdigen Bewilligung dieser Regierungspräsidenten beauftragt, nachdem Regierungspräsident Dr. Böhmer und Regierungspräsident Dr. Simons am 21. Juli in den einweiligen Ruhestand versetzt worden waren. — Auch der bisherige kommissarische Oberpräsident Graf Dargatzfeld ist zusammen endgültig zum Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien ernannt worden.

Oberforstmeister Zeife, der jüngst die Forstabteilung bei der jetzt aufgehobenen Regierung in Stralsund geleitet hat und vorher als Oberforstmeister in Frankfurt a. O. tätig war, ist nach Lügau als Leiter der dort neu eingerichteten Forstabteilung versetzt worden.

Geboren: Ein Sohn Dr. Düncker in Posen; eine Tochter Pfarrer H. E. in Lübeck.

Verhältnis: Olof Gettke mit Fr. Margarete Straße im Roggen.

Silberner Hochzeit: Oberbahnhofsvorleiter Paul Lange und Frau Victoria, geb. Rohrbach, in Laubbammer, Bahnhof, stärker 4. Rang, Nr. 50 Rommisch; Lehrer Gustav Krausnick und Frau Martha, geb. Günther, in Spandau, Wörtherstr. 18, früher Blumenau, Rts. Protoschänke, am 14. 11. (Fr. war früher langjähriger Resident der Spar- und Darlehnskasse zu Eichborl, Rts. Protoschänke, müßte 1920 auswandern und ist Mitbegründer der Ortsgruppe Spandau des Deutschen Ostbundes); das Matthey-Ehepaar in Neu-Merino, Rts. Birkenbaum, am 19. 11.; Hermann Nomm und Frau Sophie, geb. Rikoden, in Samter (Szamotuly) am 18. 11.; Oberposthoffmeister Adolf Böy und Frau Wanda, geb. Weigert, in Woferniede-Lehe, Ritterkopfstr. 4, früher in Kochlow, Rts. Kempen (Polen).

Goldene Hochzeit: Edmund Wahle mit seiner Etofrau, geb. Börmann, in Rieko, Rts. Gosen; die Christiane Karl und Elise Schmöleke zu Militschow am 3. 11.

Begeiste. Oldmärker: Frau Knechtel, Mutter des Gutsförers Rn. Rieko (Polen), 92 J.; Kaufmann Alfred Strecke in Elegant, früher Rössle 1. P., am 26. 12. 70; Emil Möhrfeld, früher Wollstein, jetzt Berlin-Niederschönhausen, Moltekestr. 38, am 27. 11. 76; J.

Frau Emilie Hauffe, früher Obersthofko., Krs. Sommer, jetzt Berlin RO 18, Weberstr. 59, am 29. 11. 87 J.; Julius Witt, Goldwirt, Brühmühle b. Friedersdorf a. d. Ostbahn, Prinz-Heinrich-Str. 38/39, am 4. 12. 73 J.; Baumwärter i. R. Gottlieb Reich, Frankfurt a. O., am 5. 12. 89 J. (Beleben von 1866 und 1870/71); Mäurer Erastoff Feisterer in Stenlich, wo er seit 30 Jahren als Seeforger tätig ist, am 26. 11. 70 J. (Er wird wahrscheinlich an 1. 4. 33 in den Ruhestand treten); der frühere langjährige Landrat des Kreises Cottbus, Freiherr von Wackerbarth, in Briesen A.-P. am 13. 11. 70 J.; Schneidermeister Friedrich Dau in Stenica b. Lubin, Veteran von 1866 und 1870/71, am 24. 10. 90 J.; Konter-Gulden Wolff, früher Räkmit i. Pol., jetzt in Lomnitzau 135 b. Grünberg i. Sudet., am 20. 10. 70 J.; Stadtmaler Wolff, früher Räkmit i. Pol., jetzt in Lomnitzau 135 b. Grünberg, am 30. 11. 75 J.; Frau Emilie Schmalz, geb. Krüger, auf Bad Schmiedeberg, Berl. Halle, früher Rogalow, Berl. Posen, Neue Str. 4, am 27. 11. 61 J.

Gefallene: Klempnermeister Georg Wilcke in Posen am 24. 11. 54 J.; Amtssatzmeister i. R. Schömer Jüppritz Berthold n. d. Kusek eck - Berlin, früher Polen und Frankfurt a. O., am 25. 11. 94 J.; Amtssatzmeister Behrendt in Cottbus am 11. 11. 11, infolge Herzschlag; Generaloberarzt i. R. Dr. med. Jähn, Beeskow, am 18. 11. 11; Fr. Edelgard Schware in Süsternpolde (die jahrebeobachtende die dortige Höhere Töchterschule geleistet hat und von Ernst von Bildendorf in der Roosie „Die Contessina“ in der sie eine Rolle spielt, verehrt worden ist) am 18. 11. 77 J.; Oberst und Kav. R. Robert Witte in Frankfurt a. O. am 19. 11. 88 J.; Fr. Clara Herrmann in Breslau am 26. 11. 87 J.; Dr. phil. Karl Siefke, Vorsteher der Oberdruck-Zuckerfabrik-Aktiengesellschaft, in Choditzendorf d. Frankfort a. O. am 26. 11.; Julius Paul v. M. Mitglied des Posener Handwerkervereins, am 21. 11. 67 J.; Frau Elisabeth Senner in Posener Bubien am 21. 11.; der frühere Goldwirt Altfried Joseph Hinck am Lichtenfelde, Krs. Adolphen, Veteran von 1866 und 1870/71, am 19. 11. 92 J.; der Kirchenwärter Friederich Hinck in Lindenwald, der seit dem Zweiten Weltkrieg dortigem Kirchengemeindeamt angehört, seit 35 Jahren als Kirchenräteleiter, am 12. 11. 88 J.; Altfried Michael Winter in Schildmühle b. Schmiedeberg, der älteste Deutsche aus grau Pommereilen über fast Hundertjährige, als junger noch körperlich und geistig rüstig, konnte bis zum letzten Herbst noch das Bett hüten, am 5. 11. 99 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus Ostpreußen.

Neidenburg. Ein Arbeiter W. in Lautj. am Kreis Neidenburg, fand dieser Tage unter seinen Papieren ein Los der Wohlfahrtslotterie zu 1 RM. Er hatte das Brotpendant des Loses ganz vergessen. Als er sich die Gewinnsumme besorgte, musste er zu seiner Überraschung feststellen, daß auf sein Los 45 000 RM. gefallen waren. Seider hatte W. die Auszahlungsfrist verstreichen lassen, so daß ihm das Geld nicht mehr ausgezahlt werden konnte.

Ratzeburg. In das Kreiskrankenhaus zu Ratzeburg (Ostpr.) wurde vor einiger Zeit der landwirtschaftliche Arbeiter Friederich N. aus Berlin eingeliefert, der an Lungentuberkulose litt. Um die Ursache der Blutungen festzustellen, wurde eine Operation vorgenommen, die zu einem überrasschenden Ergebnis führte. Es wurde in der Lunge ein Gummischlauch gefunden und entfernt. Die Operation ist gut gelungen und N. außer Lebensgefahr. N. hatte im Jahre 1915 einen Lungenschlag erhalten. Das Geschick wurde aus der Wunde entfernt und die Wunde mit einem Gummischlauch abdrosselt. Ein Transport in die Heimat ist nun offensichtlich der Gummischlag, da die Bunde-Polizei eingriff und in Vergessenheit geraten. N. wußte davon nichts und glaubte, das Geschick stecke noch immer in der Lunge und stelle die Ursache für die immer wiederkehrenden Lungentuberkuloseanfällen dar.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Schlochau. Von der Bandjägerei ist auf der Landstraße Sampohl-Kruszyn ein polnischer Geferteiter gefangenommen und in Polizeigewahrsam gebracht worden. Er wurde kurze Zeit darauf über die Grenze abgeschoben.

Hammestein (Kreis Schlochau). Das Hammesteiner Arbeitsdienstlager wird demnächst aufgelöst werden. Das Hammestein verbleibt also als lediglich ein Absiedlungskommando unter Leitung des Kapitänleutnants Wolfskatt, dessen Aufgabe die Regelung der finanziellen und sonstigen Angelegenheiten sein wird. Die bisherigen Arbeitskommandos der rund 600 Mann starken Betriebschaft bleiben auch fortan selbstständig bestehen. Sie werden der Inspektion Ostmark in Küstrin des Vereins zur Umflutung der den Steinwällen Arbeitsbeschaffung unterstellt werden. Auch Hammestein von Brandes, dem Vater des Arbeitsdienstlagers, ist ebenfalls gekündigt worden. Er wird demnächst eine andere Stellung übernehmen. Es fehlen für die Weiterhaltung des freiwilligen Arbeitsdienstlagers die notwendigen Mittel.

Aus Westoberösterreich.

Gleiwitz. Zum Nachfolger des am 1. April nächsten Jahres ausscheidenden Generaldirektors der gräßlich-bollesfreimischen Betreuung

in Gleiwitz, Dr. Franz Pielser, ist Generaldirektor und Betriebswaltungsrat August Börner, zurzeit bei der Berndorfer Metallwarenfabrik A. C. Krupp A.-G. in Berndorf (Niederösterreich), in Aussicht genommen. Börner war bis zum Jahre 1928 Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft A.-G., Erz- und Metallhandel, Betrieb von Bergwerks- und Hüttenanlagen, in Frankfurt a. M.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. In der Pauluskirche zu Bromberg sind mit einer stilisierten Siegur von Superintendent Ahmann die Gedenktafeln eines der 278 Gefallenen des Sprengels der Pauluskirche enthalten worden. Von den meisten der Gefallenen wissen die Angehörigen längst nicht mehr in Bromberg, sondern sind ausgewandert oder verdrängt. Die Tafeln enthalten die Namen aller dieser Gefallenen, auch jener, die im Grenzschuß für die Verteidigung der Heimat ihr Leben gelassen haben. Die anderen Kirchen haben mit einer Aussicht ihren Gefallenen bereits Denkmäler gesetzt.

Bromberg. In der Nähe des Rittergutes Tschirkow bei Rakel schwanden die Pferde eines Gutswagens, gingen durch und töteten den Wagen um. Rittergutsbesitzer Fr. P. P. Tschirkow und sein Kutscher trugen so schwere Verletzungen davon, daß sie kurz darauf starben.

Hohenholz. Auf dem Rittergute Rommelsbüch brach Feuer aus, das zwei je 150 Meter lange Scheunen mit hölzernen Streitvorräten, modernen Maschinen und Geräten völlig vernichtete. Der Schaden betrug 160 000 Zloty.

Aus Westpreußen.

Gdingen. Pressemeldungen infolge in der Danziger Staatsangestellte Albert Moranz in Gdingen in einer Fabrik, in der er beschäftigt war, von polnischen Polizeibeamten ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Schriftweise verlautete, es sollte Spionageverdacht bestehen. Die Danziger Blätter wendeten sich gegen diese Version und erklärten, daß Moranz ein außerordentlich bekannter und zurückhaltender Mensch sei, gegen den ein solcher Verdacht keinesfalls treffen könnte.

Schwabenz. Die Haussangefestigte Paula Dobeneck wurde aus dem kleinen Wannsee als Tochte geborgen. Sie hatte große Sehnsucht nach ihren Eltern, die im Korridergräber ruhen. Da ihr die Tochter „...“ hat sie Schlossdorf verübt. Das junge königliche Rehys-

Zu Weihnachten werden wieder zwei Bälle von Berlin nach Ostpreußen fahren, und zwar am 22. und 23. Dezember. Abfahrt an beiden Tagen um 20.34 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße. Es werden Rückfahrtkarten 3. Klasse nach Marienburg, Ebing, Braunsberg, Königsberg und Insterburg ausgeben. Fahrpreisveränderung: 40 v. H. Geltungsdauer zwei Monate. Auf der Rückfahrt können alle fabrikmäßig Jüge (schlesische Jüge gegen Zahlung des Zugbuchs) benutzt werden. Schriftliche Bestellung der Rückfahrtkarten (ab 5. Dezember) unter Verwendung der üblichen Postkarten. Rüherne siehe Bekanntmachung auf den Bahnbörsen. Als Einsteigestationen sind auch Küstrin, Landsberg (Warthe), Kreuz und Schneidemühl zugelassen.

Bücher.

Im Verlage von Gustav Engel, Leipzig, erscheint noch rechtzeitig zu Weihnachten unter dem Titel: „Meister Ostmark“, ein Band Heimatserzählungen. Der untenstehende durch seinen polnischen Herausgeber „Nach 30 Jahren wieder in der alten Heimat“ bekannte Verfasser, Sanitätsrat Arnold Straßmann, Berlin, schlägt aus eigenen Erlebnissen und Erinnerungen; erstmals von leiser Webmaus durchkränkte Heimathude leuchtet uns aus der Fülle der Figuren, schwermüdig, schlicht-gütigen und knorrig-wurzeligen, entgegen. Der Verfasser weist sie so plötzlich vor uns hinzu, daß wir sie alle kaum, mit ihnen gelebt zu haben glauben.“ „Zu dem Band „Küstriner Märchen“ dazu die „Märchen“ Schreibweile kennzeichnen den Verfasser als ersten, unterhaltenden Heimatdichtsteller.

Durch Verlust des Verfassers auf sein Schriftstellerthronen sind „Meister Ostmark“, etwa 80 Seiten in gelbrosaer Ausstattung zum Vorspannpreise von 1.60 M. bei Postüberbringung 1.75 M. an unser Mitglieder abzugeben. Da wir eine beschränkte Anzahl zur Verfügung steht, empfehlen wir baldige Bestellung bei der Geschäftsstelle des Deutschen Oftbundes. Zustellung ab 15. Dezember.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes)

Berlin W. 30, Moabitstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen
der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Die Festschrift

die zur Feier des 25-jährigen Be-
stehens der Chirurgische in
St. Lazarus und der Matthei-
sche in Wilda von den Pastoren
D. Nohde und Brummat
in Posen herausgegeben worden
ist und die in Nummer 19
(S. 224) von Pastor Götter
empfohlen wird, ist von größtem
Interesse für alle, ev. Posener.

Bestellungen an die Festschrift können
unter gleichzeitiger Eingabe des für
unsere Leser ermüdeten ...

Ersiki Landgasthof

in gr. Industriort von
1600 Einwohnern an
D-Zug-Station geleg-
3 Gaß., 2 Fremden-
Betriebzimmer, Parke-
taal, gr. Stallungen, am
Hause 4 Mrg. Obst- u
Gemüsegarten, 50 Mrg.
Landwirtschaft, in fol-
ger zu verpachten, oder zu
verkaufen. Eigentum für
2 Jahre, Hauptzahl für
gleicher. Erford. Kap.
13.000 bis 20.000 M.
Rehme auf Reichs-
schuldbuchbrief in Zahlung.

Martin ...

Deutschland erwartet Sie!

Der „Öffentliche Schriftsteller“ lädt auf über lange und Entwicklung des gesamten Ostsiedlungsraums, er
berichtet über das am ländlichen und städtischen Teil des deutschen Orients, die aus von Polen geretteten
Gebiete und die schwere Notleidende und vertriebene Osteraz. Er enthält militärisches Material, Kriegsberichten,
zu den Kämpfen gehörige Berichte des Orients bietet ein reiches Aufklärungsmaterial für jedes, der sich
mit Osteuropa beschäftigt. Der „Öffentliche Schriftsteller“ ist eine wichtige Ressource für alle interessierten
Schichten des Orients! Als zweitwöchige Zeitschrift im Rhythmus von die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturrabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933“

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.
Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Post-
scheckkonto: Berlin 104 726 (Richtgutstellend bitte durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Poststation:

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

592

Verkaufe

Landbesitz

Holstein, 36 Morgen,
Forderung 12.000 M.
bei 4000 M. Anzahlung
mit Ernte und Inventar,
heiter Boden,
sowie **Landbesitz**,
20 Morgen, Forderung
8500 M. bei 2000 bis
3000 M. Anzahlung.
Anfragen unter 2766
an das Ostland erbeten.

Gastwirtschaft

In St. Lübeck, 1000 m. über
dem Meer, 12.000 M.
Forderung 12.000 M.
Anzahlung, mit Ernte
und Inventar, sehr
günstig zu verkaufen
oder zu verpachten,
mit oder ohne Land.

F. Kretschmer,
Wend.Buchholz
bei Berlin.

Berufstätige, Mitte 30,
sucht mit Herrn bekannt
zu werden, zwecks Spät
an das Ostland erbeten.

Heirat.

Witwer nicht ausgedacht.
Angebote unter 2767
an das Ostland erbeten.

der Schweiz!

ok mit großem Tanz- und
trifft, 2 Verkaufsläden,
Gegend zu verlaufen
vorausgeplant. Anfragen unter 2764 an das
Ostland erbeten.

... Martin ...

... Martin